

FÜR EINE KOMMUNISTISCHE MASSEN- PARTEI

In der internationalen Arbeiterbewegung vollziehen sich in letzter Zeit ernsthafte Umgruppierungen. Welche Bedeutung kommt ihnen zu, welches ist das neue Kräfteverhältnis, unter dem die Komintern die alte Aufgabe des Kampfes um die Massen zu lösen hat?

Noch vor ganz kurzer Zeit herrschte unter uns Einigkeit darüber, daß wir den toten Punkt der europäischen Reaktion hinter uns haben und daß wir vor dem Anstieg einer neuen Welle der internationalen Arbeiterbewegung stehen. Daß diese Einschätzung richtig war, davon zeugt der in seiner Größe beispiellose Schwung des englischen Generalstreiks und des englischen Bergarbeiterstreiks. Ungeachtet der unermesslichen Größe des Verrats, den der Generalrat bei diesem Streik begangen hat, und ungeachtet der schwersten Enttäuschung, die durch diese Niederlage in den Gemütern kleinmütiger Elemente ausgelöst wurde, — bleibt doch die unbestreitbare Tatsache bestehen, daß der englische Generalstreik eines der größten Ereignisse seit der großen Oktoberrevolution war. Die Versuche der Bourgeoisie zur Stabilisierung des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse vermögen an unserer Beurteilung des Standes der internationalen Arbeiterbewegung nichts zu ändern. Derartige Versuche werden den Gang der Dinge nicht nur nicht aufhalten und den Klassenkampf nicht abschwächen, sondern sie werden umgekehrt eine äußerste Verschärfung der Zusammenstöße zwischen den Klassen und eine weitere Revolutionierung des Proletariats der „stabilisierten“ Länder mit sich bringen. Das gilt ebenso für England wie für Frankreich und Deutschland.

Diese gesunde revolutionäre Perspektive verbinden wir unsererseits mit der genauen Berücksichtigung all jener Aenderungen des Kräfteverhältnisses, die sich innerhalb der letzten Jahre in der Arbeiterklasse vollzogen haben. Das frühere Kräfteverhältnis der internationalen Arbeiterbewegung, so, wie es sich aus der nach dem Kriege erfolgten Spaltung ergab, erfährt jetzt eine radikale Aenderung. Sowohl innerhalb der Sozialdemokratie als auch innerhalb Amsterdams treten die Strömungen in den breiten Arbeiterschichten immer mehr ein für eine Annäherung und ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten auf der Grundlage des Klassenkampfes. Die Enttäuschung über die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie, das wachsende Bewußtsein der Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehr gegen die organisierte Offensive des Kapitals, die Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, die ungeheure Zunahme der Arbeitslosigkeit — alles das konnte nicht umhin, die Linksentwicklung jener Kreise der Arbeiterklasse zu beeinflussen, die bisher der Sozialdemokratie und den Reformisten willig Gefolgschaft leisteten.

Ganz in der gleichen Richtung wirkten sich auch die Sympathien des westeuropäischen Proletariats zu dem ersten Staat der Diktatur der Arbeit in der Welt aus, ebenso wie das am Horizonte lauernde Gespenst eines neuen

Weltkrieges. Die Niederlage des englischen Generalstreiks und die Versuche des Generalrats zur Sprengung des Anglo-Russischen Einheitskomitees konnten natürlich nicht umhin, vorübergehend das Tempo der weiteren Revolutionierung des europäischen Proletariats zu beeinflussen. Aber es wäre hoffnungsloser Pessimismus, anzunehmen, daß einzelne und sogar schwerste Niederlagen den begonnenen Aufstieg der Arbeiterbewegung aufzuhalten vermögen. Wer glaubt, daß der Weg des Proletariats — der Weg leichter und rascher Siege ist, dem bleibt überhaupt nichts zu tun übrig in den **Werktagen** zur Vorbereitung der Revolution. Und wir Kommunisten wären Nörgler und kleinmütige Seelen, wollten wir annehmen, daß jenes Kräfteverhältnis, das sich aus der Generalscheidung der Klassen im Gefolge des Weltkrieges hinsichtlich der Arbeiterklasse ergeben hat, bereits alles darstellt, was wir an Gewinnung der Massen bis zum Augenblicke der entscheidenden letzten Kämpfe zu leisten vermögen. Wir haben uns deshalb, im Gegensatz zur Sozialdemokratie und zu Amsterdam, die sich krampfhaft an die alten Rahmen klammern, die Aufgabe gestellt, diesen Rahmen möglichst rasch durch unsere Einheitsfronttaktik zu sprengen und die nach links abwandernden Arbeitermassen unter unseren — zunächst ideologischen — Einfluß zu bringen und sie dann organisatorisch, unter dem Banner der Revolution, mit uns zu verschmelzen. Soweit wir auf dem Wege der erfolgreichen und konsequenten Durchführung dieser Aufgabe auf den direkten Widerstand oder die geheime Sabotage seitens unserer eigenen sektierischen Gruppierungen innerhalb mancher Kommunistischen Parteien stoßen, glauben wir, daß wir nur durch die **Ueberwindung** dieser Strömungen imstande sein werden, auf der Bahn der Festigung des Massencharakters unserer Kommunistischen Parteien vorwärts zu schreiten.

Aber schon jetzt im ersten Stadium des Kampfes läßt sich voraussehen, wohin diese Strömungen rein dekadenter Art führen werden. Ohne den Glauben an den gesunden proletarischen Instinkt, der der Arbeiterklasse helfen wird, sich aus dem sozialdemokratischen Irrgarten herauszufinden, und mit der pessimistischen Perspektive, die mit langen Jahren der Niederlage der Revolution und der Demoralisierung der Arbeiterklasse rechnet, waren diese Strömungen selbst ein Ergebnis der durchlebten Aera der Reaktion. Und wenn der Aufstieg der Arbeiterbewegung ein rascherer gewesen wäre, wenn es dem englischen Proletariat gelungen wäre, auch nur einen halben Sieg zu erringen, so hätten diese dekadenten Stimmungen weit rascher und leichter liquidiert werden können. Nur die vorübergehende Niederlage des Generalstreiks der englischen Arbeiter und die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues in der Sozialistischen Sowjetunion haben diese Strömungen wieder auf einige Zeit belebt. Heute aber unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß wir es in diesen Strömungen mit einem „Flügel“ der Arbeiterbewegung zu tun haben, der unter dem Mantel der linken Phrase in einer ganzen Reihe wichtigster Fragen den Ideologen und Führern des sozialdemokratischen Reformismus weit näher steht als den breiten sozialdemokratischen proletarischen Massen, die langsam und hartnäckig den Weg zum Kommunismus suchen.

Wir haben also innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung folgende Kräfteverteilung vor uns: auf der einen Seite den erheblichen Teil jener Arbeitermassen, die bisher außerhalb unserer Einwirkung und unter dem Ein-

fluß der Sozialdemokratie gestanden haben — dieser Teil des Proletariats, der die Kernelemente des Proletariats umfaßt, marschiert von rechts nach links; andererseits haben wir in unseren eigenen Reihen einen Flügel, der in der umgekehrten Richtung, von links nach rechts, zur Sozialdemokratie marschiert, auch wenn er sich den Mantel einer linken Phraseologie umwirft. Wie rasch dieser Prozeß verlaufen wird und wann er seinen Abschluß erreicht, läßt sich jetzt schwer vorhersagen. In Augenblicken einer regelrechten Katastrophenentwicklung der Ereignisse verlaufen solche Prozesse überaus beschleunigt. Der Weltkrieg z. B., der die gesamte europäische Arbeiterbewegung im Laufe mehrerer Jahre von Grund auf durcheinandergerüttelt hat, hat alle politischen Richtungen innerhalb der II. Internationale auf eine harte Probe gestellt. Den Massen ist nicht nur greifbar klar geworden, daß innerhalb der II. Internationale der opportunistische und reformistische Flügel vorherrscht, sondern es wurde ihnen auch gezeigt, was die „linke“ Phrase solcher Helden wert ist, wie es die französischen Syndikalisten und Kriegsgegner außerhalb der Internationale vom Schlage der Jouhaux und Gustave Hervé waren. Unsere Zeit unterscheidet sich vom August 1914 dadurch, daß diese Prozesse heute weit langsamer verlaufen und dem unbewaffneten Auge weit weniger wahrnehmbar sind. Anstelle eines schwindelerregenden und stürmischen Wandels vollzieht sich eine etwas verspätete Verkriechung einiger enttäuschter Elemente in den sozialdemokratischen Sumpf. Die Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion und die Eroberung der breiten Massen der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften, das sind Aufgaben, die die Kommunistische Partei nicht im Laufe weniger Tage durch eine einzige erfolgreiche Offensive zu lösen vermag. Dazu bedarf es vielmehr der heroischen Anstrengung einer Reihe von Jahren, zu der jene Leute unfähig sind, die zur Arbeiterklasse kamen, als diese „Triumphe“ feierte, und die sie nunmehr verlassen bei den ersten ernsthaften Schwierigkeiten.

Die ganze Geschichte der Kommunistischen Internationale ist voll von sprechenden Beispielen solcher Fälle, in denen die kommunistische Bewegung von solchen „Ritern auf eine Stunde“ verlassen wurde. Aber der Abgang dieser Leute erfolgte niemals in bescheidener Einfachheit, sondern sie waren stets bemüht, ihren Abgang durch eine „linke Kritik“ zu begründen. So war es mit Frossard, der lange, bevor er unmittelbar am französischen Proletariat Verrat übte, die Komintern und ihre Taktik der Einheitsfront „von links“ kritisierte; so war es mit Tranmael, der die norwegische Kommunistische Partei wegen ihrer Parole der Arbeiterregierung des Opportunismus bezichtigte. Und als Tranmael brach mit der Komintern, begründete er seinen Bruch vor den norwegischen Arbeitern damit, daß die Komintern der norwegischen Partei das Organisationsprinzip des Zentralismus aufhalse, das in Wirklichkeit ein Organisationsprinzip der Sozialdemokratie sei. So war es mit Höglund, der die Komintern und die KP der SU der „nationalen Beschränktheit“ bezichtigte, die er in den Versuchen zur Uebertragung der russischen bolschewistischen Erfahrung auf die westeuropäischen Sektionen erblickte. Ganz die gleichen Vorwürfe erhob seinerzeit auch Frau Angelica Balabanow, die gleichfalls, so wie jetzt Korsch, von der Komintern ein „Zurück zu Zimmerwald“ forderte. Die deutschen links eingestellten Arbeiter, die sich noch kein genaues Bild von

der Tendenz der jetzigen Umgruppierung der internationalen Arbeiterbewegung, von jenem opportunistischen Abgrund machen können, in den sie von den Lakaien der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie geschleppt werden sollen, müssen ernsthaft nachdenken über diese Beispiele.

Die Aufgabe der Komintern besteht vor allem darin, diese widerspruchsvollen Prozesse, die sich innerhalb der Arbeiterklasse abspielen, rechtzeitig aufzufangen und die richtige taktische Linie im Kampf um die Massen festzulegen. Wir müssen diese Linie so durchführen, daß wir neue Schichten der Arbeiterklasse für die Reihen unserer Kommunistischen Parteien gewinnen, ohne einen einzigen revolutionären, wirklich und wahrhaft linken Arbeiter zu verlieren. Die letzten Jahre der Entwicklung der Komintern haben uns ein überaus fluktuierendes Bild der Zusammensetzung unserer Organisationen gezeigt. Diese Erscheinung einer aufmerksamen Untersuchung zu unterziehen und Maßnahmen zu ergreifen zur Festigung der vorhandenen Stamm-Elemente unserer Parteien, das gehört jetzt ebenso sehr zu den laufenden Aufgaben wie die Gewinnung neuer, zum Kommunismus hinstrebender Schichten des Proletariats für unsere Partei. Und in diesem Kampfe um die Massenpartei müssen wir alle die gleiche Begeisterung und den gleichen gesunden proletarischen Glauben an die Richtigkeit unserer Sache bewahren wie in den Tagen entscheidender Kämpfe. Nur dann werden wir imstande sein, auch den dekadenten Stimmungen, die sich in die Toga der Unzufriedenheit „linker“ Elemente kleiden, in entsprechender Weise entgegenzutreten.

A. LOSOWSKI:

25 JAHRE INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Im August dieses Jahres sind 25 Jahre verflossen seit der Tagung der Konferenz, auf der die Grundlage des im Jahre 1913 zum Internationalen Gewerkschaftsbund umgebildeten Internationalen Gewerkschaftssekretariats geschaffen wurde. Diese in Kopenhagen tagende Konferenz war die Frucht einer Reihe mißlungener Versuche, die seit Beginn der achtziger Jahre zum Zusammenschluß der Gewerkschaftszentralen, sei es auch nur im europäischen Maßstabe, gemacht wurden.

Die ersten internationalen Verbindungen wurden von den Bergarbeitern (1890) angeknüpft. Betrachtet man aber die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes, so macht sich erst Ende des vorigen Jahrhunderts das Bestreben bemerkbar, die Gewerkschaften horizontal und vertikal, parallel der sozialistischen Bewegung, zusammenzuschließen. Nach langwierigen Verhandlungen und einer Reihe mißlungener Beratungen wurde endlich der Grundstein zum Internationalen Gewerkschaftsbund gelegt, dessen Entstehung somit formell auf den 21. August 1901 fällt.

Charakteristisch für die Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit ist eine außerordentliche nationale Beschränktheit, die von sozialistischer

Phraseologie übertüncht und der oft ein marxistisches Mäntelchen umgehängt wurde. Der Reformismus hatte die Gewerkschaftsbürokratie fest im Zügel, trat aber recht vorsichtig auf, bemüht, wenigstens zum Schein den Klassenstandpunkt zu wahren. Die Gewerkschaftsbewegung befand sich damals formal unter vorwiegendem Einfluß der Sozialdemokratie, in Wirklichkeit aber herrschte der Revisionismus in den Gewerkschaften. Die ganze Gewerkschaftsbewegung, mit Ausnahme der angelsächsischen Länder, wo der leitende gewerkschaftliche Kern auf dem Standpunkt des reinen Trade Unionismus stand, sowie der romanischen Länder (Frankreich, Spanien), wo anarcho-syndikalistische Theorien herrschten, war marxistisch gefärbt. Doch war sich der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie bereits in der Vorkriegszeit darüber klar, wo die Hauptstützpunkte des Reformismus zu suchen sind und welche Rolle die gemäßigten, vorsichtigen, bedächtigen und „auf dem Boden realer Verhältnisse stehenden“ Gewerkschaftsführer spielen und in der Zukunft spielen würden.

Die Kopenhagener Konferenz von 1901 bedeutete den Zusammenschluß nur eines knappen Dutzend europäischer Länder. Auf den Konferenzen zu Stuttgart (1902), Dublin (1903), Amsterdam (1905), Christiania (1907), Paris (1909), Budapest (1911) und Zürich (1913) begann die internationale Gewerkschaftsbewegung mehr oder minder bestimmte Organisationsformen anzunehmen, die Verbindung zwischen den nationalen Gewerkschaftszentralen blieb aber nach wie vor eine lockere. Die volle Unabhängigkeit und Autonomie jeder nationalen Zentrale war die Grundlage dieses Internationalen Sekretariats. Diese Internationale stellte sich als Aufgabe gegenseitige Information, Sammlung statistischen Materials, Registrierung von Tatsachen usw., kurz, die Erörterung und Koordinierung rein praktischer Fragen. Dies war eher ein internationales Informationsbüro als eine Internationale, doch entsprach dies sowohl dem Niveau der damaligen Gewerkschaftsbewegung als auch der Eigenart dieser vorbereitenden Periode in der Entwicklungsgeschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Welche Charakterzüge wies die internationale Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit auf? 1. Geistige und politische Hegemonie der deutschen Gewerkschaften in der Gewerkschaftsinternationale. 2. Verzicht des Internationalen Gewerkschaftssekretariats auf die Behandlung jeglicher allgemeiner politischer und Klassenfragen. 3. Bewußte Einschränkung der Aufgaben der Gewerkschaftsinternationale durch Berufung darauf, daß die betreffende allgemeine Frage im Kompetenzbereich der Sozialistischen Internationale liege. 4. Kampf nationaler Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsinternationale, — dieser Kampf trat besonders in der Rivalität der Vertreter der zwei größten Industrieländer, Deutschland und England, deutlich zutage. 5. Ein durch sozialistische Phrasen verschleierter Reformismus. Die Rolle des linken Flügels dieser Internationale spielte die französische „Confédération du Travail“, die 1905 sogar aus dieser Internationale austrat und erst 1909 wieder in ihren Schoß zurückkehrte.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der anarcho-syndikalistischen „Confédération du Travail“ und der sozialdemokratischen Leitung der Gewerkschaftsinternationale waren folgende:

1. Die Anarcho-Syndikalisten verlangten die Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses und die Bildung einer selbständigen, un-

abhängigen Gewerkschaftsinternationale, während die Sozialdemokraten die Einberufung eines Kongresses ablehnten und sich auf Konferenzen der Vertreter der Gewerkschaftszentralen beschränkten. Diese Forderung wurde von den Anarcho-Syndikalisten aufgestellt, um die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien aufzuzeigen, um es durchzusetzen, daß die Gewerkschaften die Beteiligung an internationalen sozialistischen Kongressen ablehnen.

2. Die anarcho-syndikalistische „Confédération du Travail“ verlangte von der Gewerkschaftsinternationale antimilitaristische Propaganda, wogegen die Sozialdemokraten einwendeten, daß dies außerhalb ihres Kompetenzbereiches liege.

3. Die Anarcho-Syndikalisten machten mehrfach Versuche, die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung der Gewerkschaftsinternationale zu setzen, doch wurde ihnen die stete Antwort zuteil, daß der Generalstreik, als politische Erscheinung, ins Kompetenzbereich der Sozialistischen Internationale falle.

In diesen Forderungen kam, abgesehen von der Unabhängigkeitstheorie, ein gesunder Klasseninstinkt zum Ausdruck, der von den Gewerkschaften allgemeine Klassenpolitik verlangte, jedoch kleideten sich diese Forderungen in veraltete anarchistische Formen, was sich die Sozialdemokraten zunutze machten, um ihren wesentlichen Kern, d. h. die Klassenlinie, den Klassenkampf, abzulehnen.

Am Vorabend des Weltkrieges war die Verbindung zwischen den einzelnen Teilen der Gewerkschaftsbewegung eine sehr lockere. Einer der Leiter der französischen Gewerkschaftsbewegung, Merheim, erklärte kurze Zeit vor dem Kriege, nach seiner Rückkehr vom Internationalen Metallarbeiterkongreß: „Ich hatte den Eindruck, als ob sich auf dem Kongreß ein Kampf zwischen der deutschen und der englischen Metallindustrie abgespielt hätte.“ Dieser Eindruck war ganz richtig. Die Gewerkschaften jener Zeit spiegelten in unklarer Form die nationalimperialistischen Gegensätze wider und kleideten sie in gewerkschaftliche oder sogar marxistische Terminologie. Der revolutionär-marxistische Flügel der Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit war schwach entwickelt. Er spielte eine gewisse Rolle im parteipolitischen Leben, besonders in Deutschland, er war ausschlaggebend in der russischen Arbeiterbewegung, in der Welt-Gewerkschaftsbewegung war aber von ihm fast nichts zu sehen.

So war die Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit in ihrer überwiegenden Mehrheit durch und durch reformistisch. Sie litt an nationaler Beschränktheit, sie tappte sich zögernd, vor theoretischen und politischen Konsequenzen zurückschreckend, vorwärts zur Arbeitsgemeinschaft und zur Verwandlung der Arbeiterorganisationen in Organe des bürgerlichen Staates. Die ganze organisatorische Struktur und die Ideologie der vorkriegszeitlichen Gewerkschaftsbewegung sind auf dem Boden der Entwicklung und der Entfaltung des Kapitalismus emporgewachsen. Die stürmische Entwicklung des Kapitalismus, besonders in Deutschland, der schwere Schlag, den der deutsche Kapitalismus gegen den englischen geführt hatte, schufen die notwendigen Voraussetzungen für jene militaristische Kriegsideologie, die auf Jahre hinaus das offizielle Glaubensbekenntnis angesehenen sozialistischer und Gewerkschaftsführer Westeuropas geworden ist. Der Arbeiter-

imperialismus, der während des Krieges so üppige Blüten getrieben hat, wurzelt in der Situation der Vorkriegszeit; die ganze Praxis und Theorie des internationalen Reformismus, dessen festeste Stütze die Gewerkschaftsorganisationen waren, hat ihm den Boden gelockert.

Der Krieg hat alle Wunden der internationalen Gewerkschaftsbewegung bloßgelegt. Die Gewerkschaftsinternationale zerfiel, und für diesen Zerfall waren die diplomatischen und Kriegsbeziehungen zwischen den einzelnen Ländern maßgebend. Ebenso wie die Sozialistische Internationale, die den 4. August nicht überlebt hat, wurde auch die Gewerkschaftsinternationale von dem Kanonendonner des Krieges in die Luft gesprengt. Außerlich existierte sie zwar, denn Legien hatte Schlüssel und Siegel dieser Internationale. Doch auch die Sozialistische Internationale lebte formell in der Person ihres Vorsitzenden Vandervelde und ihres Sekretärs Huysmans. Der Leiter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Legien, der die Politik Wilhelms II. und Hindenburgs voll und ganz unterstützte, machte während des Krieges den Versuch, mit den Gewerkschaften der Ententeländer Verbindungen anzuknüpfen, stieß aber auf hartnäckigen Widerstand der Gewerkschaftspatrioten dieser Länder. Die erst gestern Anarchisten, Trade Unionisten und Sozialdemokraten der Ententeländer waren, schufen einen eigenen Ententeblock und machten sogar den Versuch, 1916 in Leeds eine eigene Internationale zu gründen. Gleichzeitig war Legien bestrebt, mit den Gewerkschaften einiger neutraler Länder die bestehenden Verbindungen aufrecht zu erhalten, so daß während des Krieges die Gewerkschaftsbewegung in dieselben Lager gespalten war, wie auch die ganze Welt: für und gegen die Entente, für und gegen die Zentralmächte.

In seiner durch und durch verlogenen Jubiläumsschrift „25 Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung“ idealisiert der Sekretär der Amsterdamer Internationale, Sassenbach, diese Zeit des Bruderkrieges zwischen den Gewerkschaften verschiedener Länder, diese Zeit patriotischer Korruption der Gewerkschaftsbürokratie, diese Zeit der Unterstützung der Interessen der Bourgeoisie gegen die Interessen der Arbeiterklasse, indem er die Kriegsjahre der Gewerkschaftsinternationale folgendermaßen charakterisiert: „Klassensolidarität trotz alledem!“ Fürwahr, eine herrliche Klassensolidarität!

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die Details der Kriegsgeschichte der europäischen Gewerkschaftsbewegung in diesen Jahren 1914 bis 1918 eingehen, — denn ein schändlicherer Verrat als der, dessen Zeugen wir während des Krieges waren, kann wohl nicht gedacht werden. Arbeiterorganisationen als Hauptstützen der kriegsimperialistischen Regierungen, Führer, die sich mit der geistigen und oft auch technischen Mobilisierung der Massen befassen, die die Arbeiter fest im Zügel haben, sie gegen die Arbeiter anderer Länder aufhetzen —, so sah diese „Klassensolidarität trotz alledem“ aus.

Noch vor dem Ende des Krieges, im Jahre 1917, wurde der Versuch einer Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz gemacht, er ist aber dank den Gegenbemühungen der Gewerkschaftsführer der Ententeländer ins Wasser gefallen. Nach langem Hin und Her gelang es schließlich, im Februar 1919 eine Konferenz einzuberufen, die sich das hehre Ziel steckte, die

meuchlings hingemordete Gewerkschaftsinternationale vom Tode zu erwecken.

Das war kein leichtes Stück Arbeit, denn aus den Ententeländern kamen die Sieger hergezogen. Sie verlangten von den Deutschen ein Schuldbekennnis und wollten ohne ein solches „mea culpa“ mit ihnen überhaupt nichts zu tun haben. Nach langen Verhandlungen hinter den Kulissen, in denen die Vertreter neutraler Mächte (Schweiz, Holland, Dänemark u. a.) eine besonders große Rolle spielten, gelang es endlich, über die Einberufung eines Internationalen Gewerkschaftskongresses nach Amsterdam, Juli 1919, eine Verständigung zu erzielen. Im Juli 1919 wurde nun der Grundstein zur neuen Internationale gelegt, die auf das historische Erbe der vorkriegszeitlichen Gewerkschaftsinternationale Anspruch erhebt. Diese neue Internationale kennen wir unter dem Namen der Amsterdamer. Die Gewerkschaftsführer der Ententeländer wiederholten in Amsterdam ihre Forderungen, und Sassenbach blieb nichts anderes übrig, als im Namen der Deutschen das „pater peccavi“ herzusagen. Zwar haben die deutschen Vertreter später Sassenbach desavouiert, doch die „Verbündeten“ hatten ihre Genugtuung, und die Gewerkschaftsinternationale kam zustande. Der Sieg der „Verbündeten“ auf diesem Kongreß kam vor allem darin zum Ausdruck, daß die Deutschen von der Leitung ausgeschlossen wurden. Warum? Weil sie eben Deutsche waren. . . So lag der neuen oder der auferstandenen Internationale ein eigenes gewerkschaftliches Versailles zugrunde: den Deutschen wurde zu Gemüte geführt, daß sie sich ihre vorkriegszeitliche Hegemonie aus dem Sinn zu schlagen haben.

Ein Jahre später nach der Bildung der Amsterdamer Internationale entstand im Juli 1920 die Rote Gewerkschaftsinternationale. Die formal-einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit, untergegangen im Getöse der Schlachten, erstand in der Nachkriegszeit in der Form zweier Internationalen. Alles, was mit Krieg und mit Kriegserinnerung innerlich verbunden war, alles, was zum Reformismus neigte, was arbeiterimperialistisch war, was mit der Bourgeoisie und ihren Interessen zusammenhing, — begab sich nach Amsterdam. Alles, was in der Arbeiterklasse vor Empörung gegen den Krieg und die ihn verschuldet, bebte, alles, was eine Schlachtordnung der Klassen wollte und bestrebt war, die Kriegerschütterungen im Interesse seiner eigenen Klasse auszunützen, — schloß sich der Roten Gewerkschaftsinternationale an.

Vom rein formalen Standpunkt aus gesehen ist die Amsterdamer Internationale der unmittelbare Erbe der vorkriegszeitlichen Internationale, jedoch nur formal. Die Profintern erhebt keinen Anspruch auf die ganze Erbschaftsmasse der vorkriegszeitlichen Gewerkschaftsinternationale, ein Teil derselben steht aber zweifellos uns zu. Alle die revolutionär-marxistischen Elemente der alten vorkriegszeitlichen Internationale, der Geist des Klassenprotestes, der in den anarcho-syndikalistischen Organisationen seinen wenn auch verworrenen Ausdruck fand, alles, was während der Vorkriegszeit die revolutionären Aufgaben der Arbeiterklasse widerspiegelte, — dies alles führt uns geradeswegs zur Roten Gewerkschaftsinternationale.

Wir haben nicht die Absicht, an dieser Stelle die siebenjährige Geschichte der Amsterdamer Internationale und die sechsjährige Geschichte der Roten Gewerkschaftsinternationale darzulegen. Die Heldentaten Amsterdams sind

jedem bekannt. Es genügt, sich seiner Verbindungen mit dem Völkerbund, mit dem Internationalen Arbeitsamt, seiner Sabotage aller wichtigsten Klassenkämpfe der letzten Jahre zu erinnern, es genügt, sich seine Feindseligkeit gegen die Revolution, insbesondere gegen die Oktoberrevolution, seine Spaltungspolitik, seine Ausschlüsse von Kommunisten aus den Gewerkschaften, und als letzte Krönung — sein Verhalten während des englischen Generalstreiks, als es eine vierprozentige Anleihe für die Streikenden organisierte, ins Gedächtnis zurückzurufen, um sich darüber Rechenschaft zu geben, was die Amsterdamer Internationale ist. Die Amsterdamer Internationale predigt jetzt offen Dinge, die sich in der Vorkriegszeit selbst die kühnsten und konsequentesten Reformisten nicht träumen ließen. Die Amsterdamer Internationale ist offen und unverhohlen ein Werkzeug des internationalen Imperialismus, sie verkörpert den Hochmut der europäischen Arbeiteraristokratie, ihre Verachtung und Geringschätzung den sogenannten niederen Rassen gegenüber.

Die ganze internationale Reaktion legt der Amsterdamer Internationale für ihren Kampf gegen den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung, gegen die Komintern und Profintern ihre tiefste Dankbarkeit zu Füßen. Die Leiter der Amsterdamer Internationale sind bekannte und gern gesehene Leute in den Vorzimmern aller reaktionären Minister, und man muß es ihnen lassen, daß sie der Bourgeoisie große Dienste erweisen. Ihnen ist die Entkräftung des Proletariats vieler Länder zu verdanken, sie sind es, die den werktätigen Massen, denen oft selbst jene Errungenschaften entrissen werden, die sie in den ersten Nachkriegsjahren erobert haben, einen Dolchstoß nach dem andern versetzen.

25 Jahre sind nun seit dem Tage verflossen, an dem die europäischen Gewerkschaften den Grundstein zum internationalen Zusammenschluß gelegt haben. Was für einen gewaltigen Weg hat die Weltarbeiterbewegung in diesem Vierteljahrhundert zurückgelegt! Es hat eine Zeit gegeben, wo jeder Versammlung eines halben oder ganzen Dutzend von Vertretern europäischer Länder der Name „Internationale“ beigelegt wurde. Diese schönen Zeiten sind vorbei. In der vorkriegszeitlichen Internationale war Rußland nicht vertreten. Wohl wurde 1907 seitens der russischen Gewerkschaften der Versuch gemacht, Verbindungen mit dem Internationalen Gewerkschaftssekretariat anzuknüpfen, doch bald darauf fielen sie polizeilichen Verfolgungen zum Opfer. Heute aber spielt die USSR, die sich auf ein Sechstel des Erdballs erstreckt, eine hervorragende Rolle in der internationalen Politik und in der Arbeiterbewegung, und dies allein genügt, um das alte Kräfteverhältnis von Grund auf zu ändern. Vor dem Kriege hat man von einer Arbeiterbewegung der östlichen Länder nichts gehört, heute aber wird das tausendjährige Reich Chinas von einer starken Arbeiterbewegung in seinen Festen erschüttert, wir sehen eine starke Arbeiterbewegung in Indien, eine sich entfaltende Arbeiterbewegung in Japan, Indonesien, Aegypten usw. Die Arbeiterbewegung hat sich weit über die Grenzen Europas ausgebreitet, und alle Versuche, eine halbeuropäische Vereinigung, wie die Amsterdamer Internationale es ist, für eine wirkliche Internationale auszugeben, sind einfach lächerlich.

Die Amsterdamer Internationale ist keine, nicht nur infolge ihrer nicht-internationalen Politik, sondern auch weil sie ihrer Zusammensetzung nach

nur ein kontinentales oder eher ein halbkontinentales Gebilde ist. Die Profintern kann viel größere Ansprüche auf den Namen einer Gewerkschaftsinternationale erheben, denn außer erheblichen Teilen der europäischen Gewerkschaftsbewegung sind ihr auch Vertreter der Arbeiterbewegung Chinas angeschlossen sowie auch Vertreter der Arbeiterbewegung anderer halbkolonialer und kolonialer Länder, die erst im Laufe der letzten Jahre in die internationale Politik und die internationale Arbeiterbewegung hineingezogen wurden.

Die Amsterdamer Internationale feiert jetzt „ihr“ 25 jähriges Jubiläum. Wir haben durchaus nicht die böse Absicht, der Feststimmung der Amsterdamer Abbruch zu tun. Wir sind jedoch berechtigt, an die Organisatoren der Jubiläumsfestlichkeiten die Frage zu richten: „Was habt ihr getan, um eine wirkliche Internationale zu schaffen, was habt ihr getan, um die Taktik zu internationalisieren, um die gewaltigen Klassenkämpfe in den einzelnen Ländern zu unterstützen? Was habt ihr für die Befreiung der Kolonialvölker, für den Kampf gegen den Imperialismus, für den Kampf gegen die neue Kriegsgefahr geleistet? Warum predigt ihr die Arbeitsgemeinschaft der Klassen? Wo waret ihr, als in Marokko und Syrien der Krieg tobte? Warum habt ihr nicht gegen die Intervention in China Protest erhoben?“ Auf alle diese Fragen kann die Amsterdamer Internationale keine einigermaßen annehmbare Antwort geben. Wir übergehen ihr unartikulierte Geschrei gegen die Profintern und den internationalen Kommunismus. Wir sind überzeugt, daß die Amsterdamer Internationale, die jetzt ihre silberne Hochzeit feiert, die goldene nicht mehr erleben wird. Sie ist mit dem Kapitalismus stark und wird mit ihm zusammenbrechen. Heute schon geht die Arbeiterbewegung an Amsterdam vorbei, heute schon zieht es Millionen von Menschen nach Moskau. Amsterdam ist die traurige Vergangenheit und die reformistische Gegenwart rückständiger Schichten des internationalen Proletariats. Die internationale Gewerkschaftsbewegung schreitet über Spaltung zur Einheit. Nicht auf dem Boden der Klassenharmonie, sondern auf dem Boden eines erbitterten Klassenkampfes wird, trotz der Sabotage der Amsterdamer, eine einheitliche, Kampfesgeist atmende Gewerkschaftsinternationale der Arbeiter aller Länder, aller Rassen und aller Kontinente aufgerichtet werden. Die Amsterdamer Internationale aber ist samt ihrer Theorie und Praxis von der Geschichte dem Untergang geweiht.

Moskau, 22. 9. 1926

CLARA ZETKIN:
 DAS MEMORANDUM DER DEUTSCHEN
 ULTRALINKEN ZUM KONFLIKT IN DER WKP

„Linke Elemente in der Komintern,“ klassenbewußte Proletarier, die ihr instinktiv empfindet oder klar erkennt, daß nur die Revolution euch befreien kann, auf! Sämtlichen Kommunistischen Parteien und der Komintern selbst droht Rechtsentartung und Liquidation! Unterstützt die oppositionelle Minderheit in der WKP*, die unter Führung des Genossen Sinowjew, des Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, sich dieser Gefahr entgegenwirft! In heißem Kampfe mit der Mehrheit der WKP, an deren Spitze die „ultrarechten“ Genossen Bucharin und Stalin stehen. „Linke Elemente“, seid nicht säumig! Die Sache der oppositionellen Minderheit ist eure Sache, und ihr müßt sie zur Sache der gesamten Komintern machen. Das ist der Sammlungs- und Aktionsruf, der dem Sinne nach laut aus dem „Memorandum“ klingt, in dem die Weddinger Opposition und die „Urbahngruppe“ „Einiges Material zur russischen Frage“ veröffentlicht haben. Der ausgestoßene Schrei ist ein eindeutiger Kampfruf gegen die Zentrale, die große Mehrheit der KPD, zugleich aber ebenso gegen alle kommunistischen Parteien und die Exekutive der Komintern, die den Beschlüssen gegen einige Oppositionelle zustimmten, die vom Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der WKP gefaßt worden sind, gefaßt werden mußten. Sei's drum! Es wird sich zeigen, daß der Ruf nicht aus dem Rachen eines revolutionären Löwen kommt, oder eines Löwen Weib, sondern aus dem weit aufgerissenen Mund eines guten Kleinbürgers, des Meisters Zettel.

Das „Memorandum“ rühmt sich stolz, „wichtige Dokumente zur Darstellung des Standpunktes der russischen Opposition“ zu bringen und weiterfassend „Referentenmaterial zur russischen Frage“. Doch siehe! Das vorliegende Heft enthält in seinem allgemeinen Teil als „Referentenmaterial“ nichts, aber rein gar nichts als die männiglich bekannten Sätze und Prophezeiungen der deutschen Ultralinken von Katz bis Frau Fischer über den Grund, den Charakter und die Auswirkungen der Konflikte in der WKP. Dazu einige Zitate von „rechts“ und „links“ und offenbar als „wichtige Dokumente“ im Anhang Reden der Genossen Kamenew, Laschewitsch und Glebow-Awilow auf dem 14. Parteikongreß der WKP, sowie Ausschnitte aus verschiedenen Veröffentlichungen, Ausschnitte, die „die Ideenschwankungen N. I. Bucharins und seiner Schüler illustrieren, d. h. den Theoretiker der „Stalin-Mehrheit“ diskreditieren sollen. Die „wichtigen Dokumente“ stellen nur eines klar. Wie wohlorganisiert die Verbindungen der Ultralinken mit der oppositionellen Fraktion in der WKP sind. Sie tragen unverkennbar die Fabrikmarke: In Moskau hergestellt.

Bei den Darlegungen über die Meinungsgegensätze in der WKP und den

* Russische Abkürzung für „Kommunistische Partei der Sowjetunion“.

nach rechts entgleisenden Entwicklungsprozeß in ihr und der Komintern erleben wir wieder einmal das politische Rührstück:

„In den Armen liegen sich beide
Und weinen vor Schmerzen und Freude.“

Beide, die Verfasser des „Memorandums“ von links, von rechts die Paul Levi, Stampfer und andere reformistische wie bürgerliche klugmeinernde Strategen der Weltgeschichte. Allein ungeachtet der brüderlichen Umarmung sind Schmerz und Freude nicht gemeinsam. Die ultralinken Schmerzenstränen fließen der verlassenen, in die öden russischen Steppen der „nationalen Selbstbeschränkung“ verbannten Weltrevolution. Die reformistischen und bürgerlichen Freudenzähnen gelten der endlichen Mauseisung des Bolschewismus von formelstarrer Unvernunft zu politischer, staatsmännischer Einsicht. Die Geschichte wird mit rauher Hand Schmerzens- wie Freudentränen abwischen und zeigen, daß sie zu früh und ohne Grund geweint waren.

Die Verfasser des „Memorandums“ haben stark unterstrichen, daß es bei dem Meinungskonflikt zwischen Minderheit und Mehrheit in der WKP um „Grundfragen der russischen Revolution, um Grundfragen der Weltrevolution“ geht. Man mußte also erwarten, daß die Broschüre reiches, überzeugendes Material über diese Grundlage der „russischen Diskussion“ enthält. Tatsachen, Zahlen. Denn Zitate und logische Gedankengänge auf dem geduldigen Papier allein beweisen alles und nichts. Ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit muß durch die harten bockbeinigen Dinger, muß durch Tatsachen und Zahlen bestätigt werden. Jedoch von solchem stich- und hieb-festen Nachweismaterial über die Grundfragen der russischen Revolution und der Weltrevolution ist in dem „Memorandum“ auch mit der Lupe keine Spur zu entdecken. Und das, obgleich darüber eine reiche, vielseitige und leicht zugängliche Literatur vorliegt. Wähnen die ultralinken Verfasser etwa, daß für das mangelnde ernste Material die Lügen und Entstellungen entschädigen, mit denen das „Memorandum“ beginnt, sich selbst damit charakterisierend?

Die Veröffentlichung behauptet, daß die Genossen über die „Tiefe“ und die „Schärfe“ des Konflikts in der WKP, über ihr Wesen und ihre Auswirkungen „systematisch getäuscht“ werden, „zumal da die Ansichten der russischen Opposition systematisch unterdrückt werden, da beispielsweise kein einziger Artikel Sinowjews, keine Rede, keine Aeußerung im Wortlaut der Kommunistischen Partei zugänglich gemacht worden sind, lediglich in fraktioneller Entstellung wiedergegeben“. Was die „systematische Täuschung“ und „die systematische Unterdrückung der Ansichten der russischen Opposition“ anbelangt, so hat die ultralinke Broschüre jedenfalls den Beschluß des Plenums der Erweiterten Exekutive der Komintern im Auge, daß weder vor diesem Forum noch in den Kommunistischen Parteien die russische Frage diskutiert werden soll.

Dieser Beschluß findet seine Erklärung in der damaligen Situation. Er hat nur die disziplintreue Mehrheit der Parteien in Stillschweigen gebunden, hingegen die ultralinken Führer keineswegs gehindert, mit Bruch der Disziplin auf Grund ihrer eigenen Fraktionskorrespondenten aus Moskau wie sozialdemokratischer und bürgerlicher Presseberichte, die Diskussion

über die Konflikte in der WKP unter die Mitglieder und in öffentliche Versammlungen zu tragen. Selbstredend ganz ohne „fraktionelle Entstellung“

Der Beschluß des Plenums wurde durchaus nicht von dem Bedürfnis, der Absicht nach „systematischer Täuschung“ diktiert. Als das Plenum der Erweiterten Exekutive der Komintern tagte, hatten sich die Meinungsgegensätze zwischen Mehrheit und Minderheit der WKP noch nicht bis zur vergiftenden, zerrüttenden Fraktionsmacherei der Oppositionellen zugespitzt. Die „Stalinsche Gruppe“ glaubte an die Kraft der leninistischen Tradition eiserner Disziplin, unzerbrechlicher Einheitlichkeit und Geschlossenheit der bolschewistischen Partei. Der Kongreß, ihre oberste Instanz, hatte entschieden, die Parteiorganisationen hatten fast einmütig der Entscheidung zugestimmt. Damit war der Gegensatz der Meinungen gewiß nicht überwunden, die vorliegenden Probleme hielten ihn wach. Die Diskussion wurde jedoch aus der Gluthitze politischen Kampfes in die mildere Atmosphäre objektiver, wissenschaftlicher Prüfung und Auseinandersetzung getragen. Die Mehrheit wollte Ausgleich, brüderliches Zusammenarbeiten mit der oppositionellen Minderheit. Das Hineintragen der Diskussion in die Komintern und ihre Parteien würde unvermeidlich die Gegensätze aufs neue entfachen, ein neues Emporflammen der Leidenschaften verursachen. Dazu kam, daß die Parteien in Deutschland, Frankreich, Italien, Norwegen und anderen Ländern noch nicht völlig von inneren Krisen gesundet waren. Wie die Dinge lagen, war „die Diskussion der russischen Frage“ eine ihre ideologische und organisatorische Festigkeit schwer erschütternde, und doch wurde sie von der Situation als eine Voraussetzung höchster Aktionsfähigkeit gefordert.

Diese Gründe für den Beschluß des Plenums kann ein Blinder mit dem Stock fühlen. Das ultralinke „Memorandum“ bedarf aber der Absicht „systematischer Täuschung“, um eine zweite bössartige Lüge zu decken.

Es erklärt, die Rückberufung des Genossen Sinowjew aus dem Politbüro der WKP, die international eingeleitete „Kampagne“ zu seiner „vollkommenen Diskreditierung“ sei nur „ein Uebergangsstadium zu einem Feldzug auf der ganzen Linie gegen alle linken Elemente in der Komintern“. Warum das? Es handelt sich angeblich darum, „diesen gegen den Vorsitzenden der Komintern unternommenen Feldzug dazu zu benutzen, die liquidatorischen, offenen oder versteckten Tendenzen in sämtlichen Parteien zu verstärken zum Hinauswurf aller linken Elemente, womit der Weg zur Liquidierung der Kommunistischen Parteien und der Komintern objektiv frei gemacht wird“. Die Ultralinken warnen mit aufgehobenen Händen die „linken Elemente“, nicht Opfer dieses „Feldzuges“ zu werden, ihm vielmehr wissend und kämpfend zu begeben. Wobei sie so freundlich sind, Stalin und Bucharin als mildernden Umstand zuzubilligen, daß sie durch ihre Politik nur „objektiv“ Entartung und Tod der Kommunistischen Parteien und der Komintern herbeiführen. Eindeutig gesprochen heißt das: diese „Ultrarechten“ streben zwar nicht bewußt solchem Ziele zu, sie tragen jedoch so dicke Bretter vor dem Hirn, daß sie die unaufhaltsamen Auswirkungen ihrer neuen politischen Linie nicht zu übersehen vermögen.

Die aus dem Kaffeesatz ultralinken Aengste und grundsätzlicher Unklarheiten herausgelesene Weissagung von dem Ende der Kommunistischen Parteien und der Komintern kehrt ausführlicher in anderem Zusammenhang wieder. Von ihr wird weiter unten noch die Rede sein. Was aber die

politisch variierte Legende vom Bethlehemitischen Kindermord anbelangt, alias den internationalen Feldzug zum Hinauswurf „aller linken Elemente“, so wird sie durch die Geschichte der Komintern und ihrer Sektionen eindringlichst Lügen gestraft. Als Leitmotiv klingt es durch die Thesen, Beschlüsse, Entscheidungen der kommunistischen Weltorganisation: die Komintern ist die organisierte revolutionäre Vorhut des Weltproletariats, die kämpfende äußerste „Linke“ der Arbeiterbewegung. Sie sammelt die revolutionären proletarischen Elemente, richtet ihren Willen auf das Ziel der Machteroberung und gibt ihnen Wehr- und Waffentüchtigkeit für ihre Kämpfe. Die noch nicht genügend klassenbewußten und besonders kampf-ungeduldigen revolutionären Proletarier, die sich mit starker Betonung „Linke“ nennen, stößt sie durchaus nicht ab. Im Gegenteil, sie trachtet danach, sie hineinzuziehen in unser Lager, sie zur klaren revolutionären Erkenntnis und entschlossenen, zielsicheren Tat zu erziehen.

*

Den Verfassern des „Memorandums“ genügen zwei grobe Unwahrheiten auf der ersten Seite nicht. Sie müssen eine dritte blanke Lüge hinzufügen. Mit feierlich erhobenen Schwurfinger versichern sie, bei dem „demonstrativen Sturze Sinowjews“ handle es sich „natürlich nicht um organisatorische Dinge, nicht um Disziplinbrüche und Fraktionsbildungen, sondern um politische Fragen, welche der Mitgliedschaft der Partei systematisch vorenthalten werden“. Wie man sieht: alle „rechte“ Niedertracht der „Stalin-Mehrheit“ geschieht „systematisch“. Doch stellen wir den Äußerungen der „systematischen“ Tugend die respektlosen Tatsachen gegenüber. Die Abberufung des Genossen Sinowjew aus dem Politbüro, die Maßregeln gegen die Genossin Laschewitsch und andere wurden nicht beschlossen, nachdem auf dem 14. Parteikongreß der WKP die Meinungsgegensätze zwischen Mehrheit und Minderheit in wichtigsten „politischen Fragen“ mit aller Schärfe zum Ausdruck gekommen waren, am schärfsten wohl in dem vom Genossen Sinowjew geforderten Korreferat zum Parteibericht, eine vielsagende Neuheit in der Geschichte der bolschewistischen Partei. Trotzdem wurde Genosse Sinowjew auf dem 14. Parteitag in das ZK und Politbüro gewählt. Genosse Trotzki wurde vom Juli-Plenum nicht aus dem Politbüro abberufen, obgleich er auf dem Plenum des Zentralkomitees und der Zentral-Kontrollkommission die nämlichen Ansichten wie Genosse Sinowjew in den „politischen Fragen“ entwickelt hatte und die „Deklaration“ der oppositionellen Minderheit auch seinen Namen trug. Mußte ihn nicht die gleiche Verdammnis treffen wie den Genossen Sinowjew?

Zwischen dem 14. Parteikongreß und dem Plenum der beiden führenden Parteiorgane, lagen, was das „Memorandum“ mit einer leichten, verächtlichen Handbewegung zur Seite schiebt, lagen „organisatorische Fragen, nachgewiesene Disziplinbrüche und Fraktionsbildungen“. Genosse Trotzki hatte damals nicht Teil an ihnen. Unbestritten, daß die „Disziplinbrüche und Fraktionsbildungen“ auf der Grundlage von starken Meinungskonflikten in „politischen Fragen“ erwachsen sind. Jedoch ebenso unbestreitbar, daß diese „organisatorischen Fragen“ in folgenschwerste „politische Fragen“ umschlagen. Disziplinbrüche und Fraktionsbildungen lähmen die Aktionskraft einer Partei, sie bergen die Gefahr der Partei-

zertifizierung und Parteispaltung in sich. Die oppositionelle Minderheit hat bereits auf dem 14. Kongreß mit der Androhung der Abspaltung gespielt. Seine führenden Vertreter setzten das gefährliche Spiel fort und untergruben die leninistische Leitung des ZK. Schon greifen in der Sowjetunion und im Auslande Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Bürgerlich-Radikale, greifen offene und maskierte Gegenrevolutionäre die politischen Losungen der Minderheit auf, um für sich „Demokratie“ und Freiheit zu heischen. Die fraktionell organisierte Opposition wird mehr und mehr der anziehende Sammlungs- und Mittelpunkt, um den sich alle mißvergnügten, alle anti-sowjetistischen Elemente gruppieren.

Die „innerparteiliche Demokratie“, die Meinungs- und Diskussionsfreiheit der WKP in allen Ehren. Ihr ist jedoch eine Grenze gesetzt durch die unabwiesbare Notwendigkeit, die feste, unverbrüchliche Disziplin, Einheit und Geschlossenheit aufrechtzuerhalten. Vor dem formalen Recht der „Demokratie“ geht das reale Recht der Partei auf einheitliches, durchgreifendes Leben und Handeln. Die WKP ist als führende Klassenpartei des Proletariats die regierende Partei, die Trägerin der proletarischen Staatsgewalt, die Vollstreckerin der Diktatur. Sie ist von Feinden umringt, sie existiert und wirkt unter beispiellosen Schwierigkeiten. Weniger als jede andere Partei darf sie sich den Luxus gestatten, den „schönen Augen“ der formalen Demokratie die wichtigsten Voraussetzungen für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Mission zu opfern. Ohne stahlfeste Disziplin, Einheit und Geschlossenheit der WKP ist die Arbeiterklasse der Möglichkeit beraubt, die Diktatur durchzuführen, am sozialistischen Aufbau der Sowjetunion zu arbeiten. Die ideologische und organisatorische Lockerung und Zersplitterung des Parteigefüges zerbricht das Schwert der proletarischen Diktatur und damit die Kelle des kommunistischen Aufbaus. Daher Sicherung des Fortlebens der Revolution durch die Geschlossenheit, Einheit und Disziplin der Partei bei brüderlichem Ringen um Streitfragen, solange es möglich ist; Sicherung mit eiserner Faust, wenn es nicht anders sein kann. Niemand hat diese revolutionären Binsenwahrheiten gründlicher, beredter, eindringlicher verkündet als Genosse Sinowjew. Er tat es im Kampfe gegen die Auffassungen Trotzki's, noch ist der Waffenlärm seiner damaligen Reden und Schriften kaum verhallt.

Die sonst so feinhörigen Verfasser des „Memorandums“ haben offensichtlich von diesem Waffenlärm und seinen Ursachen, seinem Ziel nichts vernommen. In ihrer Veröffentlichung verlautet auch nicht ein Sterbenswörtchen von den vorstehend aufgezeigten Tatsachen. Dafür stammeln sie die kindlich-naive Erklärung der russischen Opposition nach, daß die „Stalin-Mehrheit“ auch eine Fraktion sei: Die liebe ultralinke Unschuld vom Lande! Die Mehrheit ist eine Fraktion, ergo muß die Minderheit sich auch aus Fraktionen organisieren. Alles ist in schönster Ordnung, bis auf eine Kleinigkeit, von der des Sängers Höflichkeit schweigt: der drohende Zerfall der Partei, der drohende Sturz der proletarischen Diktatur. Die deutschen Ultralinken schweigen mit voller Absicht von den „Nebensächlichkeiten“ „organisatorischer Fragen, Disziplinbrüche und Fraktionsbildungen“. „Eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus.“ Sie schweigen, weil ihr eigenes Gewissen in diesen Dingen etwas beschwert ist.

Die ultralinken Väter und Mütter des „Memorandums“ tänzeln jedoch

nicht immer mit der Anmut von Elefanten über unbequeme Tatbestände der „russischen Frage“ hinweg. Oh nein! Sie befeißigen sich bei deren Behandlung auch wissenschaftlicher Gründlichkeit. Deshalb beschäftigt sich ein Abschnitt des allgemeinen „Referentenmaterials“ mit der „Vorgeschichte der Parteikrise“. Allein auch durch diesen Abschnitt wird die vertrauende Erwartung des Lesers als hoffnungslose Torheit bitter enttäuscht. Die fraktionelle Behandlungsmethode wird fortgesetzt. Die Ultralinken beschwören aus der Parteigeschichte den Schatten des großen Lenin als Kronzeugen für die Vortrefflichkeit der oppositionellen Minderheit herauf. Denn „zu der Gruppierung gehören sehr viele der ältesten Bolschewiken, denen zweifellos der Sinn dafür, was Einheit der Partei kann und was fraktionelle Opposition bedeutet, nicht abhanden gekommen sein kann“. Und ihr Führer ist außerdem Genosse Sinowjew, der, wie schon früher im „Memorandum“ festgestellt, „20 Jahre lang der engste Mitarbeiter Lenins war“. Auf Grund dieser „geschichtlichen“ Darlegungen „ist es jedem nicht vollkommen hirnverbrannten Menschen klar, daß es sich um ganz ernste und tiefgehende politische Differenzen handeln muß“.

Diese Differenzen betreffen „die Grundfragen der russischen Revolution und die Grundfragen der proletarischen Weltrevolution“ und sind „nicht jungen Datums“. . . . „Schon in den zwei Trotzki-Diskussionen handelte es sich im Grunde um dieselben Fragen.“ Das „Memorandum“ grenzt sich von den „unrichtigen Anschauungen des Genossen Trotzki über die permanente Revolution“ ab und verzeichnet, wie „buntscheckig“ die damalige trotzkische Opposition war, die „eine Unzufriedenheit sowohl mit dem innerparteilichen Regime wie auch mit dem allgemein politischen Kurs zeigte.“ Die jetzige Bundesgenossenschaft des Genossen Sinowjew und Kamenew mit dem einstigen Gegner Trotzki läßt es den Ultralinken sinnfällig nicht rätlich erscheinen, näher auf die Fehler Trotzki einzugehen, die zu ihrem gegenwärtigen Standpunkt angeblich in Widerspruch stehen.

Viel mehr Raum, Beachtung und strenges Urteil finden dagegen Bucharins Entgleisungen aus der Zeit vor der jetzigen Parteikrise. Zu sehr durchsichtigem Zweck. Mit besonderem Nachdruck erinnert das „Memorandum“ an Bucharins Gegnerschaft zu Lenin zur Zeit des Brester Friedens, an seinen damaligen leidenschaftlichen und fraktionellen Kampf wider diesen. Kein Kommunist dürfte sich heute mit Bucharins damaliger politischer Einstellung einverstanden erklären. Am wenigsten wird Genosse Bucharin selbst sie rechtfertigen. Trotzdem wird er vom „Memorandum“ als ein Ungeheuer hingestellt, das in die Wolfsschlucht der ultralinken Verfehlung gestürzt werden soll, weil er in Verkennung dieser Lebensinteressen gegen Lenin und den Brester Frieden wild lostobte.

Im Gegensatz zu dieser Verfehlung ist der Mantel ultralinken Liebe weich und weit, der in dem „Memorandum“ über eine andere Verfehlung der leitenden Genossen gebreitet worden ist. Und bei dieser Verfehlung handelt es sich tatsächlich um eine „Grundfrage der russischen Revolution“, ja, um die Grundfrage ihres Seins oder Nichtseins. Kurz vor dem roten Oktober traten die Genossen Sinowjew und Kamenew unter Disziplinbruch aus der Zentralexekutive der Bolschewistischen Partei aus. Traten aus, weil diese einen „Block“ mit den Menschewiki abgelehnt hatte. Die beiden „engsten Mitarbeiter“ Lenins sündigten noch schlimmer. In Maxim Gorkis partei-

losem „Nowaja Schisn“ griffen sie den geheimgehaltenen Beschluß der Zentrale zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes heftig an. Lenins Empörung loderte in hellen Flammen empor. Er titulierte die beiden Genossen Streikbrecher, Fahnenflüchtige, Verräter, und forderte ihren Ausschluß aus der Partei. Wie Figura zeigt, hat die gepriesene „engste Mitarbeit mit Lenin“ ein tiefes Loch, und das in der schwersten entscheidendsten Stunde.

Die Genossen Sinowjew und Kamenew bekannten bald reumütig ihre Schuld und Lenin erklärte später, daß sie ihren großen Fehler verbessert hätten. Doch blieb es seine wiederholt geäußerte Ueberzeugung, daß die Partei diesen Fehler zwar verzeihen könne, aber niemals vergessen dürfe, wenn auch ohne zwingende Notwendigkeit nicht davon gesprochen werden solle. Die Oktoberepisode der beiden Genossen sei „keine zufällige“ gewesen. Lenin hat manche Mängel und Wesenszüge des Genossen Bucharin als Theoretiker scharf kritisiert. Trotzdem kann nicht bestritten werden, daß er ihn als den „besten Theoretiker“ der Partei schätzte. Allein wenn das „Memorandum“ entrüstet den schweren Fehler Bucharins verzeichnet, warum den Sündenfall der Genossen Sinowjew und Kamenew verschweigen? Da er nach Lenin „kein zufälliger“ war, kann er gerade den „linken Elementen“ Anregung zu fruchtbarem Nachdenken geben.

(Schluß folgt.)

JOSEPH SCHLAFFER: KAPITALISTISCHE RATIONALISIERUNG UND DER KONGRESS DER WERKTÄTIGEN IN DEUTSCHLAND

I.

Mit dem Kongreß der Werktätigen, der voraussichtlich Anfang November ds. Js. in Berlin zusammentreten wird, betritt die deutsche Arbeiterklasse eine neue Etappe des Klassenkampfes. Diese völlig neue Form des Kampfes fand ihren ersten organisatorischen Ausdruck in den während der Kampagne gegen die Fürstenabfindung über das ganze Reich zerstreut entstandenen Einheitskomitees. Tausende dieser Komitees, im Kampf gegen die Abfindung der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser entstanden, entsenden jetzt zusammen mit den Betriebsbelegschaften, den Gewerkschaften, Betriebsräten, Konsumgenossenschaften, Erwerbslosen-, Mieter-, Aufwertungs-, Sport- und sonstigen Kulturorganisationen ihre Delegationen zum Kongreß der Werktätigen. Der Kampf gegen die Reaktion war in der Zeit der Volksabstimmung und der vorbereitenden Kampagne das gemeinsame Band, das die im Einheitskomitee vertretenen Schichten der Werktätigen zusammenführte und zusammenhielt. Aber nur in seltenen Fällen verstanden es die Einheitskomitees auf dieser Stufe der Entwicklung,

den Kampf gegen das Fürstengesindel mit den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen die monarchistische Luther-Marx-Regierung und den reaktionären Reichstag zu verbinden. Mit dem rasenden Lauf der wirtschaftlichen Entwicklung, mit dem raschen Wechsel der Szenerie auf der politischen Bühne, hat sich auch der politische Sinn und Zweck dieser Einheitskomitees gewandelt, deren Aufgaben mit den politischen Aufgaben des Kongresses der Werktätigen — entsprechend der veränderten Lage — ebenfalls andere geworden sind.

II.

In stürmischem Tempo ist die wirtschaftliche Rationalisierung in Deutschland vorgeschritten. Mit rücksichtsloser Brutalität, unter dem einzigen Leitmotiv der Steigerung des Profits, verfolgt die deutsche Bourgeoisie ihre Ziele. Millionen Erwerbslose, hunderttausende vernichtete Existenzen des Kleinbürgertums, der Rentner und Kleinbauern sind die Opfer.

Der Kampf um die Absatzmärkte der Welt ist durch die wirtschaftliche Erstarkung Deutschlands, durch die Inflation in Frankreich, durch die Schwächung der englischen Bourgeoisie infolge des General- und des Bergarbeiterstreiks jetzt in ein ganz neues akutes Stadium getreten. Eine Reihe kapitalistischer Staaten hat ihre Anwartschaft auf den „Platz an der Sonne“ neu angemeldet. Darunter in erster Linie die deutsche Industrie, die zu verstärktem Export gezwungen ist infolge des Rückgangs der Kaufkraft ihres inneren Marktes und der ihr durch den Dawesplan auferlegten Verpflichtungen. So zwingt der während der Inflation riesenhaft aufgeblähte, für den Export eingerichtete und die Absatzmöglichkeit bedeutend übersteigende Produktionsapparat die deutsche Bourgeoisie zur schrankenlosen Rationalisierung. Unter Rationalisierung versteht die deutsche Bourgeoisie nicht so sehr technische Verbesserungen der Betriebsanlagen als vielmehr Intensivierung der Arbeit, Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Abbau der Sozialfürsorge, mit einem Wort, scharfe Ausbeutung der Arbeitskraft. Bei der Durchführung ihrer reaktionären Steuer- und Zollpolitik plündert die Großbourgeoisie die werktätigen Schichten aus und enteignet den „Mittelstand“. Nur auf diese Weise, auf Kosten der breiten werktätigen Massen, gelingt es ihr, bestimmte Erfolge in der Rationalisierung der Industrie zu erringen.

Eine weitere Methode, die alle Zweige der deutschen Wirtschaft beherrschende Absatzkrise zu überwinden, ist die ungeheure Trustifizierung und Monopolisierung des ganzen Wirtschaftslebens, Einschränkung der Produktion und ihre Anpassung an den kaufkräftigen Absatzmarkt. Die gewaltigsten kapitalistischen Machtgebilde sind seit der ungefähr zwei Jahre währenden Umorganisation der Wirtschaft in der chemischen und Schwer-Eisenindustrie entstanden. Neben diesen Riesen-Trusts ist aber gleichzeitig in der Groß- und Mittelindustrie die Entwicklung zu Trusts oder zu trustartigen Interessengemeinschaften vor sich gegangen. Keine Woche vergeht, in der nicht die Handlungspresse irgendeinen neuen Zusammenschluß dieser Art zu melden wüßte.

Die jetzige Entwicklung in Deutschland „überspringt“ geradezu alles, was wir aus der Vorkriegszeit kennen. Der vor dem Abschluß stehende

westeuropäische Eisenpakt ist im Begriff, der größte internationale Trust zu werden, den die Welt bisher kannte. Die deutsche Elektroindustrie steht ebenfalls vor neuen Zusammenschlüssen. Der gewaltige Chemietrust, der bisher schon alle übrigen Trusts in Deutschland übertraf, hat sein Kapital auf 2½ Milliarden erhöht. Vor wenigen Wochen schloß sich die ganze Farbenindustrie zu einer mächtigen Interessengemeinschaft zusammen. Sie erwarb Stinnes-, Riebeck-Montan-Aktien und kommt damit in Besitz von fast allen Braunkohlenfeldern Deutschlands. Der Amerikaner Rockefeller, der reichste Mann der Welt, die „Standard Oil Co“ will sich zusammen mit dem englischen Petroleumtrust der „Royal-Dutch-Shell“ mit an dem deutschen Chemie-Trust beteiligen. Der Ruhr-Montan-Trust arbeitet bereits mit einem Kapital von 1½ Milliarden Mark, muß aber jährlich die „Bage-telle“ von 180 Millionen Mark Zinsen an holländische und amerikanische Kapitalisten zahlen.

Dieser gewaltigen Kapitalkonzentration und Vertrustung der Industrie auf der einen Seite stehen beispielsweise seit Juli 1925 bis Juli 1926 18 750 Bankrotte von Mittel- und Kleinbetrieben gegenüber. Das ist mehr als das Doppelte des Jahres 1913/1914. Gerade dieser letztere Prozeß beweist uns, daß trotz dieses gigantischen und raschen Zusammenschlusses der Wirtschaft die Widersprüche innerhalb der deutschen Wirtschaft nicht nur nicht zurückgegangen sind, sondern im Gegenteil auf höherer Stufenleiter zum Ausbruch kommen werden.

Dies beweist, daß im ökonomischen Unterbau Deutschlands in den letzten Jahren entscheidende Aenderungen vor sich gegangen sind: das in der Produktion angelegte Kapital ist ungeheuer gewachsen, während das als Arbeitslohn dienende (variable) Kapital absolut und relativ gefallen ist. Diese Feststellungen zwingen uns zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die deutsche Bourgeoisie ist wirtschaftlich sehr erstarkt. Objektiv hat eine Verschiebung der Klassenkräfte zuungunsten des Proletariats stattgefunden.

2. Den neuen imperialistischen Machtgelüsten der deutschen Bourgeoisie, der Herausbildung einer neuen Arbeiteraristokratie, der Stärkung des Einflusses der sozialdemokratischen Bürokratie und deren offenem Eintreten für eine imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie entspricht auch der jetzt vollzogene Eintritt in den Völkerbund.

3. Das unvermeidliche Ergebnis der in voller Blüte stehenden Trustifizierung wird eine Reihe neuer, schärferer Krisen sein, sowie eine Reihe neuer Versuche, den Weg einer aktiven imperialistischen Politik zu betreten — den Weg der Jagd nach Kolonien und der Beteiligung an antisowjetistischen Gruppierungen.

4. Deutschland steht, ebenso wie England, vor einem ständigen gewaltig angeschwollenen Arbeitslosenheer, das heute etwa 3 Millionen Köpfe zählt. Wird es organisiert und bekommt es eine entsprechende politische Leitung, so wird dieses Heer der aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Proletarier ein revolutionärer Faktor von ungeheurer Bedeutung, ein ständiger Aufrührherd gegen den Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sein. Um so größere Aufmerksamkeit hat die KP der Organisation und Leitung dieser proletarischen Schichten zuzuwenden, da widrigenfalls, bei

weit fortgeschrittenem Deklassierungsprozeß ein gewisser Teil dieser Schichten faschistischen Experimenten zum Objekt dienen könnte.

5. Aus ähnlichen Gründen muß die Kommunistische Partei alles tun zur Organisierung der von der kapitalistischen Rationalisierung betroffenen, verelendeten und proletarisierten Mittel- und Kleinbürgerschichten und des Kleinbauerntums. Sie alle müssen von der Führung durch die Bourgeoisie losgelöst, unter Führung des Proletariats zusammengeschlossen und zum Sturm auf die Burg des Kapitalismus geführt werden.

6. Der Verschiebung der gesellschaftlichen Klassenkräfte entspricht auch die sich langsam ändernde Ideologie und der anwachsende Klassenwille in der gesamten Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften, unter den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern. Ueberall, selbst im Kleinbürgertum, in der Kleinbauernschaft, macht sich eine stetige Linksentwicklung und ein Zug zu einheitlicher Abwehr der Kapitaloffensive bemerkbar, deren nächste organisatorische Ausdrucksform der Kongreß der Werktätigen sein wird.

Ohne Zweifel ist der deutschen Bourgeoisie bisher die Rationalisierung gelungen. Durch diese wurden aber die Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht etwa aufgehoben oder auch nur abgeschwächt, sondern im Gegenteil verstärkt. Die Gier nach Profit, die Peitsche der Konkurrenz, wird die Bourgeoisie mit Elementargewalt auf jenem Weg vorwärt treiben, der mit Gesetzmäßigkeit zu sozialen Konflikten, Zusammenstößen, Krisen, Kriegen und Katastrophen führen muß. Diese Politik der Bourgeoisie und ihre Folgen für die Arbeiterklasse aufzuzeigen, den strategischen und taktischen Abwehrplan zu schaffen, die Massen ideologisch und organisatorisch auf die unvermeidlich kommenden, ungeheuer schwierigen, opferreichen Kämpfe vorzubereiten, das ist eine der Aufgaben des Kongresses der Werktätigen.

III.

Mit Befriedigung haben die Führer des Trustkapitals auf ihrem kürzlich in Dresden beendeten Kongreß des Reichsverbandes der deutschen Industrie von den bisher erreichten Resultaten der Rationalisierung Kenntnis genommen, durch den Mund des Reichswirtschaftsministers Curtius den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft offiziell für geradezu „wunderbar“ erklärt. Ihre in Dresden gehaltenen Reden lassen aber auch die „Durchführung des neuen Kurses“ deutlich erkennen. Das auf dem Gebiete der Wirtschaft Erreichte müsse — so erklärten die Herren des Hauses — zur „ungestörten, planmäßigen, reibungslosen Fortführung der Rationalisierung auch eine entsprechende politische Sicherung“ erfahren. Und was die Monopolherren und Finanzkönige unter „politischer Sicherung“ verstehen, das lassen klar und deutlich die wütende Hetze der Bourgeoisiepresse gegen die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund, die bereits erfolgte Auflösung von einzelnen Ortsgruppen des letzteren, die Ueberfälle auf Erwerbslosen- und Arbeiterdemonstrationen durch Polizei, der Polizeierlaß Severigs und dergl. mehr erkennen.

Die deutsche Großbourgeoisie ist sich der Folgen ihrer Politik voll und ganz bewußt. Sie weiß, daß die schamlose Ausbeutung, das Antreiber- und

Spitzelsystem, die Akkordarbeit, das fließende Band, der eiserne Druck, die schwarzen Listen, der gelbe Werkmeister, — und das ist nur eine Seite der Rationalisierung — die Basis bilden, auf der ein fester politischer Ueberbau errichtet werden muß, soll nicht der erste „politische Windstoß“ das mühsam errichtete Gebäude der Stabilisierung in seinen Grundmauern erschüttern und hinwegfegen. Unter der objektiven Einwirkung der kapitalistischen Anarchie und unter der Führung der Kommunistischen Partei reifen nämlich in der Arbeiterklasse langsam aber sicher die Kräfte heran, die diese Fesseln sprengen werden. Diese Gefahr für den Bestand ihrer Klassenherrschaft erkennend, macht die Bourgeoisie fieberhafte Anstrengungen, auf dem Boden der Stabilisierung eine Einheitsfront der Kapitalisten zusammenzubringen. Sie erstreckt sich von den faschistischen Mörder- und Putschorganisationen des Stahlhelm, des Jungdo über alle Parteien der bürgerlich-demokratischen Mitte hinweg bis zum sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin. Die Einladung an die Sozialdemokratie zur Teilnahme an der Regierung, deren Zweck es ist, mit Hilfe der Sozialdemokratie den proletarischen Widerstand niederzuschlagen, ist bereits öffentlich von der Tribüne des Kongresses der Industriemagnaten erfolgt und vom sozialdemokratischen Zentralorgan, dem „Vorwärts“, zustimmend kommentiert worden.

Nacheinander melden sich Leipart und Graßmann, die beiden Vorsitzenden des ADGB, mit einer Antwort auf das Koalitions-Angebot von Silverberg, dem Vertreter des Reichsverbandes deutscher Industrieller, im „Vorwärts“ zum Wort. Auf die Frage, ob die Gewerkschaften für eine Zusammenarbeit mit den Trustgewaltigen von Dresden sind, antwortet Leipart:

„Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich auf diese Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer über großen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind.“

Wir haben die Ueberzeugung, daß es möglich ist, die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft durch Beteiligung an der Regierung und durch direkte Einflußnahme auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreicher wahrzunehmen als in Beharrung in der Opposition.“

Somit haben wir vor uns den schamlosen Versuch einer Neuauflage der Arbeitsgemeinschaft, einen Versuch, die Gewerkschaften in den Dienst der kapitalistischen Rationalisierung zu stellen, die Millionen organisierter Proletarier und Erwerbslosen weiterhin der rücksichtslosesten Ausbeutung preiszugeben.

Nach Leipart kommt Graßmann zu Wort:

„Nur Ignoranten und Böswillige — schreibt er im „Vorwärts“ Nr. 432 — zeihen die Gewerkschaften der Staats- und Wirtschaftsfeindlichkeit und schonungsloser Führung des Klassenkampfes“ „Nicht mit Worten, tausendfältig mit der Tat, mit dem Einsatz von Leben und Existenz, haben die deutschen Gewerkschaften bewiesen, daß sie zu diesem Staate stehen, ihn sich von niemanden entreißen lassen.“ „Das Verbundensein mit diesem Staat, die Erkenntnis der ihm obliegenden geschichtlichen Mission haben die Gewerkschaften bewegt, auch das Mitbestimmungsrecht in der Führung der Wirtschaft zu fordern.“

Und an die Adresse der Unternehmer gerichtet, schreibt Graßman:

„Man wird sich also mit der Arbeiterschaft verständigen, sich ihrer Mitwirkung versichern müssen, wenn man den Worten „Volksgemeinschaft—Schicksalsgemeinschaft“ Leben und Inhalt geben, wenn man Volk und Staat besseren Tagen entgegenführen will.“

Die Geschichte des achtjährigen Bestehens der deutschen bürgerlichen Republik, dieser mit blutigen Niederlagen der Arbeiterklasse gepflasterte Weg strotzt von Beispielen verhängnisvoller und verräterischer Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Das Urübel der Spaltung der Arbeiterklasse, die Politik der Koalition und Arbeitsgemeinschaft, sie soll fröhliche Urständ feiern. Nachdem die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften der deutschen Bourgeoisie Schritt für Schritt zu ihrer heutigen politischen und wirtschaftlichen Machtentfaltung, zur faktischen Aufrichtung ihrer Diktatur verholfen hat, und die Massen nunmehr anfangen, den wahren Wert des „demokratischen Staates“, der „Arbeitsgemeinschaft“ usw. zu erkennen, kommen neuerdings dieselben Führer und versuchen wiederum, im Interesse der Bourgeoisie den aufsteigenden Kampfwillen der Arbeiterklasse zu lähmen, sie zu spalten, die sich anbahnende rote Klassen- und Einheitsfront aller Werktätigen zu zerschlagen. Die Ernennung Breitscheids zum Völkerbundesdelegierten im Gefolge des Reichsaußenministers Stresemann ist ein untrüglicher Gradmesser für die Verbundenheit der sozialdemokratischen Führer mit der Bourgeoisie und für die bereits gebildete Einheitsfront im Lager der Konterrevolution.

IV.

Die ungeheure Gefahr erkennend, die bei der Fortsetzung der bisherigen Politik durch die deutsche Großbourgeoisie mit Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der gesamten Arbeiterklasse unmittelbar droht, mobilisiert ihr klassenbewußter Teil, unter Führung der Kommunisten, zur revolutionären Abwehr. Der Front der offenen und versteckten Konterrevolution, der Diktatur der Kapitalmagnaten, dem reaktionären Reichstag, stellt die deutsche Arbeiterklasse eine andere Front, ein anderes „Parlament“ im Kongreß der Werktätigen gegenüber.

Nicht irgendeine illusionäre „Wirtschaftsdemokratie“ oder Koalitionspolitik mit den Dresdner Magnaten ist der Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos und die Rettung vor völliger Verelendung des werktätigen Volkes, den der Kongreß der Werktätigen weisen wird, sondern Klassenkampf, Kampf aller werktätigen Schichten unter Führung des klassenbewußten Proletariats um die elementarsten Lebensbedingungen, um Arbeit und Brot. Der Kongreß der Werktätigen muß der denkbar wichtigste Auftakt zur Mobilisierung aller Ausgebeuteten sein. Dem Block der Unternehmer der Schwerindustrie mit den Agrariern muß gegenübergestellt werden der Kampf-, Schutz- und Trutzbund der Arbeiterklasse mit den armen Bauern, und über die nationalen Grenzen hinaus muß der Kongreß der Werktätigen fordern das Bündnis mit den werktätigen Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands. Der Kongreß muß die Augen der Millionen Werktätigen Deutschlands auf den unter den schwierigsten Verhältnissen vor sich gehenden sozialistischen Aufbau in Sowjetrußland lenken. Kapitalistische Rationalisierung, Vertrustung und Monopolisierung bei wachsender Verelendung des gesamten werktätigen Volkes im Interesse einer kleinen Schicht von Trustgewaltigen in Deutschland oder sozialistische Organisierung der Wirtschaft, ständige

Besserung der sozialen und kulturellen Lage der Millionen Arbeiter und Bauern, wie wir es in Sowjetrußland sehen, so muß der Kongreß der Werktätigen die Frage stellen. Dann wird auch die Wahl nicht schwer fallen.

Proletarische Millionen in Deutschland, erstmalig in einer Stärke von 15 Millionen gegen die frechen Forderungen des Fürstengesindels aufmarschiert, erkennen bereits, daß dieser Kampf nur ein Vorspiel, nur eine Station war auf dem Wege zur Sammlung der gesamten deutschen arbeitenden Bevölkerung im und zum Kampf gegen die Bourgeoisie. Die Massen erkennen aber noch nicht in vollem Umfang die politischen Zusammenhänge der kapitalistischen Rationalisierung mit der Diktatur des Finanzkapitals und der drohenden Kriegsgefahr, aber sie stöhnen unter dem Schrecken und der Furcht der neuesten Methoden der Ausbeutung im Betrieb und der Qual des täglichen Hungers. Sie werden sich darum zunächst für jene Forderungen in Bewegung setzen, die sich aus ihren täglichen Nöten ergeben. Gegen die politischen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung werden sich die breiten Massen erst dann in Bewegung setzen, wenn ihr klassenbewußter Teil den Kampf des Alltags zu führen gelernt hat, und die Massen zu lehren und zu führen imstande ist. Der kommende Kongreß der Werktätigen soll diesem politischen Ziel, der großen geschichtlichen Aufgabe des Proletariats, ein organisatorischer Stützpunkt sein. Von diesem Gesichtswinkel aus müssen alle Vorbereitungs-handlungen durchtränkt, geleitet, getroffen werden. Ausgehend vom täglichen Kleinkampf um Arbeit und Brot für die Erwerbslosen, von der Verteidigung des Achtstundentags über den Kampf gegen die grausamen Torturen des laufenden Bandes, der Stoppuhr und anderer technischer Errungenschaften, die von der Bourgeoisie aus Werkzeugen der Befreiung der Arbeit in Werkzeuge entsetzlichster Verknechtung verwandelt sind, hinweg zu den Kriegszielen des Völkerbundes, ist es die Aufgabe der Kommunisten, den Massen diesen Zusammenhang zu lehren. Die Aufgabe der Kommunisten ist, die proletarischen Massen gegen die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Rationalisierung zu mobilisieren und schon bei der Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen diesem politischen Inhalt, Richtung und Ziel zu geben. Mag die sozialdemokratische Bürokratie den Kongreß der Werktätigen in der richtigen Erkenntnis ihrer geschichtlichen Rolle als Büttel und Notthelfer der Bourgeoisie — wie es Leipart und Graßmann aufs neue beweisen — ruhig der „kommunistischen Mache“ bezichtigen. Gelingt es dem Kongreß, unter der Führung der Kommunisten, die vom Kapitalismus künstlich getrennten Teile der Arbeiterklasse in Erwerbslose und Arbeitende unter Aufzeigung der Gemeinsamkeit ihrer Interessen zu einem einheitlichen Kampf zu vereinigen, gelingt es, die Einheitsfront in den Gewerkschaften, Betriebsräten zu verbreitern, das Kleinbürgertum von der großkapitalistischen Führung loszulösen, das Bündnis zwischen Kleinbauern und Arbeitern zu schmieden, den wachsenden Widerstand gegen die Rationalisierung und alle sonstigen reaktionären Pläne und Absichten der Bourgeoisie zu stärken, gelingt es, der zunehmenden elementaren Radikalisierung der Arbeiterklasse ein politisches und organisatorisches Fundament zu schaffen, so hat der

Kongreß der Werktätigen seine historische Aufgabe in vollem Umfang erfüllt.

V.

Der Kongreß der Werktätigen muß das Parlament aller vom Kapitalismus ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerungsschichten werden, deren verschiedenste Interessen auf eine gemeinsame Formel bringen und unter der Führung und Hegemonie des Proletariats die verstärkte Fortsetzung und Organisierung des Kampfes gegen die Rationalisierung, um die Herrschaft des Sozialismus, für eine Arbeiter- und Bauernregierung proklamieren. Dies wird schon allein darin zum Ausdruck kommen, daß das Rückgrat des Kongresses, seine vorwärtstreibende und drängende Kraft, die Arbeiter aus den Großbetrieben und die Delegationen der Erwerbslosen sein werden.

Der Kongreß wird durch die Vertretung aller ausgebeuteten Bevölkerungsschichten einen breiten Charakter erhalten. Aber nicht nur in der Agitation für den Kongreß, sondern auch in seiner faktischen Zusammensetzung muß die Hegemonie des Proletariats unter der Führung seiner Vorhut zum Ausdruck kommen. Die Fortsetzung der Rationalisierung wird die Scheidung der deutschen Bevölkerung in zwei Lager, die sich feindlich gegenüberstehen, beschleunigen. Die außerordentliche Zuspitzung der Gegensätze im kommenden Winter wird den Kampfcharakter des Kongresses schon dadurch erhöhen, daß er zu einem Zeitpunkt größter Verschärfung der Gegensätze zusammentritt.

Auf dem Kongreß selbst und schon bei der Mobilisierung muß darum unter Berücksichtigung aller Schichten und Interessen die Klassen- und Machtfrage gestellt werden. So betrachtet, wird der Kongreß für die künftigen Wege und kommenden Etappen der Kämpfe des deutschen Proletariats von ungeheuer großer politischer Bedeutung sein. Auf einer höheren Stufe findet so der Kampf der Einheitskomitees gegen die Fürstenabfindung seine potenzierte Fortsetzung.

Einen Tag vor dem Stattfinden des Kongresses der Werktätigen werden die Delegationen der Erwerbslosen zu einer besonderen Reichskonferenz der Erwerbslosen zusammengefaßt. Dies gibt einerseits den Erwerbslosen die Bedeutung, die ihnen in der Epoche der Rationalisierung, der Stabilisierung des Kapitalismus zukommt, andererseits gibt es dem Kongreß der Werktätigen von vornherein ein bestimmtes politisches Gepräge. Ohne es auszusprechen, wird damit dokumentiert, daß das Zentralproblem, die Kernfrage des Kongresses der Werktätigen, der Kampf der Opfer der Rationalisierung gegen ihr Versinken in Pauperismus ist. Wenn auch der vordringlichste, so sind die Forderungen der Erwerbslosen doch nur ein Teil des allgemeinen Aktionsprogramms und der Aufgaben, die sich der Kongreß stellen muß. Gegen die Fortsetzung der Verelendungspolitik der deutschen Großbourgeoisie, gegen weitere Betriebsstillegungen und Ein-

schränkungen, gegen die Verschärfung der Ausbeutung der noch im Betrieb Stehenden, gegen Teuerung, Zoll- und Steuerraub, gegen Fürstenabfindung, Diktaturpläne und Diktaturvorbereitungen, gilt es den Kampf zu organisieren und zu führen. Aber nicht nur gegen die Auswirkungen der Rationalisierung, sondern gegen die Ursache der Krise, gegen die kapitalistische Produktionsanarchie überhaupt, gilt es den entscheidenden Kampf zu organisieren und aufzunehmen, unter der Losung: Block aller Werktätigen, Einheitsfront des Proletariats im Bündnis mit den Kleinbauern und dem verarmten Mittelstand und der Sowjetunion.

E. VARGA:

DAS PROLETARISIERTE DEUTSCHLAND

Von Ungarn abgesehen, ist außerhalb des Gebiets der Sowjetrepubliken in keinem Lande die Macht der Bourgeoisie so tief erschüttert worden, hat das Proletariat der Eroberung der Macht so nahe gestanden, wie in Deutschland. Der deutschen Bourgeoisie ist es gelungen, ihre Macht wieder zu festigen, die Gefahr der proletarischen Diktatur zeitweilig abzuwenden. Um so wichtiger wäre es, die Veränderungen in der sozialen Struktur Deutschlands in den letzten Jahrzehnten, in der Kriegs- und Nachkriegsperiode, genau kennenzulernen, um die weitere Entwicklung abschätzen zu können.

Die Erkenntnis der sozialen Struktur wird aber dadurch ungemein erschwert, daß die Statistik des bürgerlichen Staates die Klasse als soziale Kategorie nicht kennt, daß die ganze Methode der Statistik darauf angelegt ist, das Bild der Klassen und die Entwicklung der Klassenverhältnisse möglichst zu verwischen.

Dies sehen wir mit besonderer Schärfe an der Methode der Volks- und Betriebszählung, die Juni 1925 vorgenommen wurde, deren Ergebnisse jetzt teilweise an die Öffentlichkeit gelangt sind. Die Einreihung der Bevölkerung in Berufsgruppen wurde so vorgenommen, daß 1. ein Vergleich mit der Zählung von 1907 außerordentlich erschwert, 2. der proletarisierte Charakter Deutschlands möglichst verdeckt wird. Einige Beispiele: Handlungsgehilfen, Verkäufer in Ladengeschäften usw. wurden 1907 noch zu den Arbeitern gezählt; 1925 wurden sie in die Gruppe der Angestellten befördert. Dadurch sprunghaftes Anwachsen dieser Gruppe, Verminderung der Zahl der Arbeiter, Verwischung der Proletarisierung.

Bei der Betriebszählung wurde 1907 der an einem Orte gelegene Betrieb nach technischen Einheiten zerlegt und jeder Teilbetrieb, der auch selbständig betrieben werden könnte, als besonderer Betrieb aufgenommen! Die zu einer Tuchfabrik gehörige Wollwäscherei, Spinnerei, Weberei, Appreturanstalt, Färberei wurden alle als selbständige Betriebe aufgenommen*.

* „Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung 1925“. Wirtschaft und Statistik, Sondernummer 2, S. 35.

1925 hat man diesen Unsinn abgeschafft, aber dadurch die Verfolgung der Konzentrationsbewegung durch Vergleich unmöglich gemacht. Andererseits wurde auch 1925 „jede räumlich getrennte Niederlassung . . . in der gleichen oder in einer anderen Gemeinde“, also jede Verkaufsstelle, Betriebsbüro usw. als eigener Betrieb behandelt*. Der kleinste Hausindustrielle, der Zwischenmeister usw. gilt als selbständiger Betriebsinhaber. Man wird daher aus der Betriebsstatistik keinerlei Bild der wirklichen kapitalistischen Zusammenhänge der Wirtschaft gewinnen.

Ebenso steht es mit der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik, wo 1907 alle Kleingärtner der städtischen Bevölkerung als selbständige landwirtschaftliche Betriebe gezählt wurden. 1925 wurden jene, die kleiner als 500 Quadratmeter sind, ausgeschlossen; aber es wurden noch immer hunderttausende solcher Kleingärtner als „landwirtschaftliche Betriebe“ aufgenommen.

Unter solchen Umständen wird es nur durch sehr starkes Umarbeiten des amtlichen Materials möglich sein, ein Bild über die Gestaltung der Klassenstruktur Deutschlands zu gewinnen.

Das Proletariat bildet die Mehrheit der Erwerbstätigen in Deutschland

Trotz aller Verdunkelung ist es aber klar, daß es in Deutschland eine proletarische Mehrheit in der werktätigen Bevölkerung gibt! Dies geht aus den bisher veröffentlichten Daten bereits klar hervor**. Die Veröffentlichung umfaßt: Bayern, Hamburg, Oldenburg, Anhalt, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe: zusammen rund 25 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ausschlaggebend ist Bayern, das allein drei Viertel der ausgewiesenen Bevölkerung stellt. Sowohl Bayern als auch die anderen ländlichen Gebiete, mit Ausnahme Hamburgs und Lübecks, gehören zu den minder proletarisierten und minder industrialisierten Gebieten. Der Anteil des Proletariats im ganzen Reich muß daher noch größer sein als in diesen Gebieten.

Wir rechnen zum Proletariat unmittelbar drei von den ausgewiesenen Kategorien: Angestellte***, Arbeiter, Hausangestellte.

Von 100 Erwerbstätigen entfallen auf diese Kategorien:

	Bayern	Hamburg	Oldenburg	Anhalt	Lübeck	Mecklbg.-Strelitz	Schaumbg.-Lippe
Arbeiter . . .	36,7	42,8	35,8	54,5	47,5	52,9	48,5
Angestellte . .	13,0	31,8	12,0	15,8	26,2	12,2	11,3
Hausangestellte	3,5	6,7	4,4	4,4	7,0	6,4	4,2
Zusammen	53,2	81,3	52,2	74,7	80,7	71,5	64,0

* „Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung 1925“. Wirtschaft und Statistik, Sondernummer 2, S. 35.

** Siehe „Erste Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925“. Wirtschaft und Statistik 1926 Nr. 16.

*** Zu den Angestellten wurden gezählt: Technische Angestellte und Beamte, Fachpersonal, Werkmeister und Aufsichtspersonal, kaufmännische Angestellte und Verwaltungsbeamte, Büropersonal. Nicht hinzugezählt sind: Administratoren, Direktoren, Geschäftsführer und leitende Beamte, sonstige Betriebsleiter, die als Selbständige figurieren.

Außerdem gibt es unter den „Selbständigen“ und den „mithelfenden Familienmitgliedern“^{*} noch reichlich proletarische Elemente: Hausindustrielle, Zwergbauern, aus Arbeitslosen hervorgegangene Straßenhändler usw. Wenn wir also noch einen weiteren Teil der besser bezahlten Angestellten als nicht echte Proletarier abtrennen, bleibt doch eine klare, starke proletarische Mehrheit innerhalb der werktätigen deutschen Bevölkerung!

Der Prozeß der Proletarisierung hat in den letzten zwei Jahrzehnten starke Fortschritte gemacht. Dies geht aus den Daten klar hervor, obwohl durch die möglichst weite Fassung des Begriffs der „Selbständigen“ deren Zahl stark erhöht wurde, um den Proletarisierungsprozeß zu vertuschen.

Die prozentuale Zunahme der wichtigsten Kategorien zwischen 1907 und 1925 geht aus folgender Tabelle hervor:

	Bayern	Hamburg	Oldenburg	Anhalt	Lübeck	Mecklbg.- Strelitz	Schaumbg.- Lippe
Selbständige .	0,7	5,2	9,9	— 5,8	— 4,2	— 5,6	— 3,0
Angestellte . .	107,6	93,5	119,6	95,4	88,4	72,7	155,3
Arbeiter . . .	20,2	36,2	23,6	13,1	16,1	4,4	14,4
Arbeit.+Angest.**	35,0	55,0	38,0	20,0	36,0	13,0	27,0
Erwerbstätige .	16,0	46,7	49,0	23,5	26,4	16,5	25,3
Gesamtbevölk. .	11,9	27,6	21,1	6,6	15,9	4,1	6,7

In vier kleinen Gebieten hat die Zahl der „Selbständigen“ absolut abgenommen. In dem ausschlaggebenden Bayern beträgt die Zunahme 0,7 Prozent gegenüber einer Zunahme der Bevölkerung von 12 Prozent. Nur in Hamburg und Oldenburg zeigt sich eine geringe Zunahme der „Selbständigen“.

Eine zahlenmäßige Ueberrechnung der vorliegenden Daten auf das ganze Reich ist nicht gut möglich, da die bisher publizierten Ergebnisse sich auf Gebiete beziehen, wo der Industrialisierungs- und Proletarisierungsprozeß geringer war als im Reichsdurchschnitt! Daher läßt sich auch noch keine Antwort auf die Frage geben, wie groß das Proletariat und die Lohnarbeiterschaft im engeren Sinne in Deutschland ist. Daher läßt sich auch vorläufig auf die für die Beurteilung der Gesamtlage des deutschen Kapitalismus sehr wichtige Frage keine Antwort geben, inwiefern die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit eine Folge der vermehrten Zahl der Arbeiterschaft oder der verminderten Arbeitsgelegenheit ist.

Eines steht aber jedenfalls fest: die proletarische, besitzlose Klasse bildet in Deutschland eine starke Mehrheit, was für die revolutionären Möglichkeiten, für die Strategie unseres Kampfes wie auch für die Gestaltung des Kräfteverhältnisses des Proletariats zum Bauerntum in der Periode der Diktatur von besonderer Wichtigkeit ist.

* Durch eine Aenderung des Aufnahmeverfahrens schnellte die Zahl der „mithelfenden Familienmitglieder“ in einigen Gebieten sprunghaft empor: Hamburg Zunahme seit 1907: 235 Prozent, Lübeck 636 Prozent (von 357 auf 2626). In Bayern, wo man die Bauernfrauen von jeher als Mithelfende zählte, ergibt sich bloß eine Zunahme von 4 Prozent.

** Durch die Ueberführung der niedrigeren Schichten der Angestellten aus der Kategorie der Arbeiter, wohin sie 1907 richtig gezählt wurden, in die Kategorie der Angestellten ergibt sich eine sprunghafte Steigerung der Zahl der Angestellten. Wir haben daher die Prozentzahl beider Kategorien grob zusammengerechnet.

JOSEF STRASSER: EIN ZENTRISTISCHES DOKUMENT

Im November wird in Neuenburg der Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie stattfinden. Er wird die Frage zu entscheiden haben, ob die Partei — wie es schon längst die Rechte und nun plötzlich, seinen sämtlichen rrrvolutionären Prinzipien und Traditionen zum Trotz, auch das Zentrum will — in die Zweite Internationale zurückkehren soll. Der Parteivorstand hat sich in seiner letzten Sitzung grundsätzlich für den Beitritt ausgesprochen. Der Beschluß wurde mit 35 (Rechte und Zentrum) gegen 10 (linke) Stimmen gefaßt, die von Robert Grimm vorgeschlagene Begründung des Beschlusses mit 31 (Zentrum und Linke) gegen 16 (rechte) Stimmen angenommen. Diese Zahlen lassen deutlich erkennen, daß es dem Zentrum im Parteivorstand und erst recht auf dem Parteitag ein leichtes gewesen wäre, der anschlusslünsternen Rechten einen Strich durch die Rechnung zu machen. Es hat aber vorgezogen, einen Strich unter seine Vergangenheit zu machen und ein neues Leben anzufangen, dabei aber — wäre es denn sonst das Zentrum? — zu behaupten, es sei nur scheinbar umgefallen, in Wirklichkeit habe es seine Haltung nur aus Prinzipientreue geändert.

Die undankbare Aufgabe, für diese Behauptung den Beweis zu erbringen, hat Robert Grimm übernommen. Das gehört sich auch so. Niemand hat gegen die Wiedervereinigung mit der Zweiten Internationale so gewettert, niemand so wirksam Argumente gegen sie vorgebracht, wie er. Ändert er nun seine Haltung, so muß er die triftigsten Gründe dazu haben, er ist also der berufene Mann, die Heimkehr zu den Fleischtöpfen Aegyptens zu propagieren und zu organisieren, und man muß ihn hören.

Um ernst zu reden: Es ist der Mühe wert, bei der Apologie Grimms — sie ist unter dem schlichten Titel „Der Beitritt zur Internationale“ im Septemberheft der „Roten Revue“ erschienen — einen Augenblick zu verweilen. Sie gewährt reizvolle Einblicke in die geistige und moralische Verfassung des Zentrismus.

Wie hilft sich Grimm aus der Verlegenheit, in die er, wie einer seiner Freunde von der Linken, auf seine wirklichen Beweggründe zart anspielend, sagt, „aus irgendeinem Grunde“ geraten ist? Sachlich hat er nichts zu sagen, also sagt er, wie alle großen Staatsmänner in solchen Fällen tun, sehr viel. Er baut eine ganze Theorie auf; man könnte sie so formulieren: Ich bin der Alte geblieben. Ich stehe heute dort, wo ich immer gestanden habe. Aber die andern haben sich geändert. Die Zweite Internationale marschiert nach links, die Dritte nach rechts, also muß Robert Grimm, der die goldene Mitte zwischen ihnen hält, eines schönen Tages ihr Treffpunkt werden. Sollen wir diese Entwicklung der beiden Internationalen zu Robert Grimm untätig mit ansehen? Nein, wir müssen tätig eingreifen. Allerdings, in beide Internationalen können wir nicht eintreten, so wünschenswert das vom versicherungstechnischen Standpunkte auch wäre. Also treten wir in die Zweite ein, um ihre Entwicklung nach links zu beschleunigen.

Daß die Kommunistische Internationale nach rechts geht, versucht Grimm erst gar nicht zu beweisen, — ist es doch offenbar ein Axiom, also eines Beweises gar nicht bedürftig. Um so gründlicher führt er den Beweis, daß die Hamburger Internationale nach links tendiert. Und nicht nur gründlich ist dieser Beweis, sondern auch, wie jede geniale Leistung, sehr einfach: Grimm beschränkt sich darauf, die Argumente, die er gegen den Eintritt in die Zweite geltend gemacht hat, zu wiederholen, aber mit veränderten Vorzeichen. Hat er früher gesagt: Das ist so, so sagt er jetzt: Das ist nicht mehr ganz so und in einer absehbaren Zukunft wird es ganz und gar nicht mehr so sein. Dieses Verfahren empfiehlt sich vor allem aus Gründen der Oekonomie; es setzt Grimm in die Lage, ohne Anstrengung, ohne Kosten, nur mit dem Stift des Korrektors, seine Reden und Aufsätze gegen den Beitritt im Nu in Argumente für den Beitritt zu verwandeln.

Um seine Charakterfestigkeit und Prinzipientreue zu beweisen, muß Grimm so tun, als ob es sein Ziel wäre, in der Hamburger Internationale die Wiener Arbeitsgemeinschaft wieder aufleben zu lassen. Man wird fragen: warum hat er denn nicht lieber gleich die Hamburger Einigung mitgemacht? Aus Prinzipientreue natürlich: „Der Beitritt der schweizerischen Sozialdemokratie zur Hamburger Internationale hätte damals nichts anderes als die Preisgabe ihres noch heute geltenden Programms und die Verleugnung des schönsten Teils ihrer geschichtlichen Vergangenheit bedeutet.“ Aber warum sind die anderen Parteien der WAG nach Hamburg gegangen? Das war eine tragische Geschichte: „Grundsätze und Programm (der WAG) haben sich bis heute glänzend bewährt, so glänzend, daß sowohl die Londoner als die Moskauer Internationale, durch die Logik der Tatsachen gezwungen, sich immer mehr den in Wien aufgestellten Richtlinien nähern“, aber die WAG konnte sich trotzdem „auf die Dauer nicht halten“. Denn die USP hatte kein Geld und mußte sich darum trotz den WAG-Grundsätzen, die sich so glänzend bewähren sollten, mit der alten Sozialdemokratie, die der Zweiten Internationale angehörte, wieder vereinigen. Die französische Partei aber, die sich der WAG nicht so sehr aus Entzücken über den Glanz ihrer Grundsätze, als um der Verbindung mit den Deutschen willen angeschlossen hatte, kam nun nicht auf ihre Rechnung, und außerdem wurde sie durch die Moskauer Kampf- und Spaltungsmethoden nach rechts gedrängt. So wurde die Hamburger Einigung möglich und notwendig. Sie konnte, dank der schlechten Aufführung der Russen, nichts anderes sein als der „Ausdruck einer unverkennbaren Rechtsentwicklung“, einer „internationalen Einigung gegen den internationalen Kommunismus“, „das wahllose Bekenntnis zu ausschließlich demokratischen Kampfmethoden, zur Ablehnung der proletarischen Diktatur in jedem Falle“. Und so etwas konnten Grimm und seine Getreuen, eben weil sie an den Grundsätzen der WAG festhielten, nicht mitmachen.

„Wie liegen nun heute die Verhältnisse?“ Grimm antwortet:

„Würde es sich nur um Statuten, Programm und Kongreßbeschlüsse handeln, wäre die Frage (ob seit Hamburg „wesentliche Veränderungen eingetreten sind, die eine veränderte Haltung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Hamburger Internationale rechtfertigen“) mit aller Entschiedenheit zu verneinen. Der Marseiller Kongreß, so wenig als die Beschlüsse der Exekutivbehörden, führten gegenüber Hamburg wesentliche Veränderungen herbei.“

Aber Grimm hat seinen Lassalle gelesen und pfeift auf „das Blatt Papier“.

Ihm kommt es nur auf die Realitäten des Lebens an und die führen eine ganz andere Sprache als Statuten, Programme und ähnliches Zeug. Es „ist unstreitig die Politik maßgebender Landesparteien, die der Hamburger Internationale angehören, eine andere geworden“. Und nun kommt das Kernstück des Grimmschen Beweises. Der Hamburger Kongreß hat noch angenommen,

„daß mit dem wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse die demokratisch-pazifistischen Methoden immer sicherer zum Erfolg und schließlich zur völligen Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft führen würden. Die Praxis hat diesen Irrtum — den Grundirrtum des Hamburger Kongresses — in wenigen Jahren schon wesentlich korrigiert“.

Denn was sehen wir? In England das Scheitern der Macdonald-Regierung, den grandiosen Generalstreik und den bewunderungswürdigen Bergarbeiterstreik.

„Man rühmt der britischen Arbeiterklasse nach, daß sie eminent praktisch und theoretischen Erwägungen abhold sei. Nun wohlan, diese Praktiker haben die Hamburger Auffassungen in ihrem Sinne interpretiert und ihnen eine Auslegung gegeben, an der selbst die Bolschewisten ihre Freude haben.“

Daß die der Zweiten Internationale angehörenden englischen Arbeiterführer die Hamburger Auffassungen in ihrem Sinne interpretieren und ihnen eine Auslegung geben, an der die Kapitalisten ihre Freude haben, das sieht Grimm nicht. Dafür hat er bemerkt, daß die Sozialistische Partei Frankreichs „mit glänzendem Geschick über all die Fährlichkeiten und Lockungen hinweggekommen ist“ und daß in ihr „die theoretische Klärung durchdrang“, so daß sie „vor dem Schicksal der deutschen SP bewahrt wurde“. Und das sieht Grimm gerade in den Tagen des Boncour-Skandals, der durch die von der Exekutive der Zweiten Internationale in Zürich angenommene Resolution — zu der, wie sich gehört, der Reformist De Brouckère den Standpunkt und der Zentrist Otto Bauer die dekorativen Redensarten beigeleitet hat — zu einem Skandal der Zweiten Internationale geworden ist. Ja, er meint sogar, der Beschluß des französischen Parteivorstandes, der zu der erwähnten Resolution den Anlaß gegeben hat, werde „zweifellos auch in anderen Ländern“ auf die sozialistischen Völkerbundsschwärmer ernüchternd wirken. Auch durch den Gang der Dinge in Belgien fühlt sich Grimm zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Denn dort besteht heute „eine mit williger Hilfe der sozialistischen Arbeiterpartei und von ihr ausdrücklich gebilligte königliche Diktatur“, und daraus glaubt Grimm folgern zu dürfen, „daß (bitte, das ist kein Witz, sondern grimmiger oder wenigstens Grimmscher Ernst), wer als Sozialist sein Einverständnis mit einer königlichen Diktatur kundgibt, einer proletarischen Regierung zum mindesten das Recht zur proletarischen Diktatur nicht absprechen sollte“. Und wie stehts in Schweden? „Heute gehören auch in diesem Lande die sozialistischen Ministerien der Vergangenheit an.“ Auch in der Tschechoslowakei „hat der sozialistische Ministerialismus versagt“. Und was tuts, daß in der deutschen Sozialdemokratie „noch eine starke Neigung zur Burgfriedenspolitik und zum Ministerialismus besteht“? „Erfreulicherweise wächst, gestützt auf die Erfahrungen der sozialistischen Regierungsbeteiligung, auch in Deutschland die Opposition.“ Kurz, überall hat „der Läuterungsprozeß“ begonnen, wenn er sich auch „nur langsam“ vollzieht. Er dürfte „eine weitere Förderung erfahren

durch die Entwicklung des internationalen Kapitals“. Durch sie wird „die Burgfriedenspolitik stets unwahrscheinlicher und aussichtsloser“ werden. Und endlich:

„Die Entwicklung geht aber nicht nur von rechts nach links. . . Die Entwicklung geht auch von links — um in diesem Zusammenhang der Abgrenzung halber einen falschen Ausdruck zu wählen — nach rechts. In Rußland vollziehen sich rascher, als viele glaubten, entscheidende Umwälzungen. Die nationale Politik Sowjetrußlands hat mit Kommunismus schon längst nichts mehr gemein. International suchten die Russen das kommunistische Prestige zu wahren, und sie glaubten das um so besser zu tun, je wilder sie sich in Manifesten und Resolutionen gebärdeten. Heute ist auch dieses Mäntelchen gefallen. Sinowjew und sein Anhang sind kaltgestellt, die Dritte Internationale ist einer inneren Umwandlung unterworfen, die sich um so gründlicher durchsetzen wird, je stärker die realpolitischen Notwendigkeiten in Rußland werden. Wäre es auch heute verfrüht, über die Möglichkeit einer Vereinigung der Hamburger und Moskauer Internationale zu diskutieren, so wäre es nicht minder verfehlt, die Möglichkeit selbst zu ignorieren. Nach unserer tiefen Ueberzeugung wird der Tag des Zusammenschlusses beider Internationalen kommen. . . Angesichts der geschilderten Entwicklung von rechts nach links und von links nach rechts . . ., muß sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz über ihre Stellung zur Hamburger Internationale klar werden. Die objektive Betrachtung zeigt, daß die Verhältnisse nicht mehr so liegen, wie zur Zeit des Hamburger Kongresses. . . . Heute bedeutet der Beitritt zur Hamburger Internationale — eine Verbindung mit Moskau steht außerhalb jeder Diskussion — die Mitwirkung an der Herstellung einer wirklichen, aus dem Kampf der nationalen Partei hervorgehenden und aktionsfähigen Internationale, die grundsätzlich in Uebereinstimmung stehen wird mit den Prinzipien und Richtlinien der WAG und damit mit den Grundsätzen und Erklärungen des Programms der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Indem heute unsere Partei unter veränderten Verhältnissen bejaht, was sie vor vier Jahren auf Grund der damaligen Situation verneinen mußte, bleibt sie ihrem Programm treu und arbeitet an seiner Verwirklichung auf internationaler Grundlage.“

Womit bewiesen ist, was zu beweisen war.

Schade nur, daß die reformistischen Freunde Grimms seinen Beweis nicht gelten lassen. Sie sind selbstverständlich auch für den Beitritt zur Zweiten Internationale, aber nicht aus den Gründen, die Grimm anführt, sondern aus den entgegengesetzten: Weil die der Zweiten Internationale angeschlossenen Parteien nicht nach links gegangen sind, und weil sich die Schweizer Partei nicht hat abhalten lassen, nach rechts zu gehen.

Wenn sich Grimm schon von seinen Freunden so die Leviten lesen lassen muß, wie werden erst seine Widersacher reden? Sie werden sagen, was er von den noch nicht im Läuterungsprozeß befindlichen Reformisten gesagt hat: Ministerportefeuilles winken und die Namen der kommenden Männer sind kein Geheimnis mehr.

KURT FISCHER: DIE ORGANISATIONEN DER KPD ZUM AUSSCHLUSS VON MASLOW UND RUTH FISCHER

Durch die Veröffentlichung des geheimen Rundschreibens, das der Antibolschewist Korsch an seine Anhänger richtete, wurde die Blockbildung zwischen der Gruppe Maslow—Ruth Fischer und der des Renegaten Korsch enthüllt. Aus dem Korsch-Rundschreiben ging ganz deutlich hervor, daß dieser Block unter Korsch's ideologischer Führung überhaupt nur dazu gebildet worden war, um systematisch die Parteispaltung vorzubereiten. Diesem Treiben konnte die Partei nicht länger stillschweigend zusehen. Am 18. August, also noch vor dem offiziellen Ausschluß von Maslow und Ruth Fischer aus der Partei und nach der Veröffentlichung des Korsch-Rundschreibens, nahm die Stadt-Delegiertenkonferenz der KPD Groß-Duisburg einstimmig eine Resolution an, in der es heißt:

„Die Delegiertenkonferenz verurteilt auf das allerschärfste die parteischädigenden Machenschaften der ultralinken Fraktionsmacher und fordert von der Bezirksleitung und von der Zentrale die strengsten Maßnahmen gegen alle, die sich gegen die Parteeinheit vergehen. . . . Sie fordert strengste Maßnahmen gegen alle Parteizersplitterer, vor allem auch gegen diejenigen, die zum Teil noch als führende Funktionäre innerhalb der Partei tätig sind. . . . Alle oppositionellen Parteigenossen müssen dringend gewarnt werden, ihren Weg ins Lager der Feinde unserer Partei fortzusetzen. Alle Mühe werden wir uns machen, diese Genossen von der Richtigkeit der Linie der Partei und der Komintern zu überzeugen.“

An demselben Tage faßte die Bezirksleitung Hessen-Frankfurt mit 13 Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen, einen Beschluß, in dem es klipp und klar heißt:

„. . . Die Bezirksleitung erwartet, daß auch das ZK der KPD endlich gegen die offene Spaltungsarbeit der Gruppe Ruth Fischer und Maslow die notwendigen Maßnahmen ergreift und Ruth Fischer und Maslow wegen der fortwährenden Mißachtung der Beschlüsse des EK der Komintern und wegen ihrer Spaltungsarbeit in Deutschland aus der Partei ausschließt. . . .“

Am 19. August wurden Maslow und Ruth Fischer wegen ihres parteispalterischen Treibens aus der KPD ausgeschlossen. Das ZK faßte diesen Beschluß mit allen gegen zwei Stimmen der ZK-Mitglieder Urbahns und Schlecht und des ZK-Kandidaten Schimanski.

In dem Leitartikel der „Roten Fahne“ vom 20. August, der sich unter der Ueberschrift „Nach der Ausstoßung der Renegaten in geschlossenen Reihen vorwärts!“ mit dem Ausschluß beschäftigte, wurde folgendes festgestellt:

„Ruth Fischer und Maslow erklärten lange Zeit, daß sie mit Korsch nichts gemeinsam hätten. Nur unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen Korsch vermochten sie eine Anzahl Arbeiter für ihre oppositionelle Plattform zu gewinnen. Heute stehen 90 Prozent der ehemals linken Arbeiter auf der Seite der Partei und der Komintern. . . . Ruth Fischer und Maslow sind nicht um ihrer falschen Auffassungen willen ausgeschlossen worden. Es gibt noch einige kommunistische Arbeiter, die den oppositionellen Standpunkt teilen. Mit jedem einzelnen von ihnen werden wir als Bol-

schewisten mit Bolschewisten, als Parteigenossen mit Parteigenossen klar und offen über die Probleme des Klassenkampfes diskutieren.“

Diese Diskussion hat, verbunden mit den in der Sowjetunion bestehenden Problemen, in der ganzen Partei begonnen. Sie unterscheidet sich von allen in der KPD früher geführten Diskussionen dadurch, daß die Probleme von den breiten Mitgliederkreisen in den Zellen wirklich durchgearbeitet werden. Zahlreiche Parteiorganisationen haben bereits zum Ausschluß von Maslow und Ruth Fischer Stellung genommen. Und das Stimmenverhältnis bei diesen Stellungnahmen zeigt, daß die Anhängerschaft Maslows und der Ruth Fischer in der Gesamtpartei tatsächlich verschwindend gering ist.

Am 25. und 26. August, also kurz nach dem Ausschluß, tagte in Berlin die Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure der Presseorgane der KPD. Diese Konferenz ist eine beratende Körperschaft, an der diesmal außer den politischen Sekretären der 28 Bezirke des Reiches und außer den Chefredakteuren der Hauptblätter der Bezirke noch aus jedem Bezirk je ein im Betrieb stehendes Mitglied der Bezirksleitung teilnahm. Die Resolution der Opposition erhielt auf dieser Konferenz sieben Stimmen, darunter die Stimmen der ZK-Mitglieder Urbahns, Schlecht, Weber und des ZK-Kandidaten Schimanski. Die vom ZK vorgelegte Resolution, die zugleich den Ausschluß von Ruth Fischer und Maslow gutheißt, wurde mit 83 gegen 7 Stimmen angenommen.

Auch das ZK des KJVD sprach sich am 30. August mit allen Stimmen, bei einer Enthaltung, für den Ausschluß der Parteispalter aus. Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg nahm ihren diesbezüglichen Beschluß mit 41 gegen 6 Stimmen, bei unentschuldigter Abwesenheit von acht Mitgliedern an.

Von größtem Interesse sind die Abstimmungen im Ruhrgebiet. Um das Ruhrgebiet hat sich die Opposition besonders bemüht. Scholem, Korsch und Schwarz haben hier wochenlang gearbeitet, um gemeinsam mit dem früheren Parteisekretär des Bezirks, Genossen Schwan, diesen wichtigen Bezirk für sich zu erobern. Doch die Liebesmüh' war vergebens: die Bezirksleitung Ruhrgebiet sprach sich mit allen gegen zwei Stimmen für das ZK aus. Die Unterbezirkskonferenz Gelsenkirchen hieß mit 38 gegen drei Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen den Ausschluß von Ruth Fischer-Maslow gut; die Stadtdelegiertenkonferenz in Essen einstimmig, bei einer Enthaltung, die Unterbezirkskonferenz Buer mit 30 gegen acht Stimmen, die Stadt-Delegiertenkonferenz in Dortmund, dem Wohnsitz Schwans, mit 45 gegen 16 Stimmen, die Unterbezirkskonferenz Hamborn mit 33 gegen acht Stimmen, die Unterbezirkskonferenz Duisburg mit 45 gegen drei Stimmen. Und selbst im Unterbezirk Hamm, der noch auf dem letzten Bezirksparteitag geschlossen hinter Schwan stand, ist die oppositionelle Mehrheit zu einer kleinen Minderheit geworden: die Unterbezirkskonferenz Hamm solidarisierte sich mit 36 gegen 12 Stimmen mit dem ZK der Partei!

In einem großen Teil der Parteibezirke ist die Geschlossenheit der Partei gegen die Spalter eine fast vollständige. So sprachen sich für den Ausschluß aus: Bezirksleitung Baden mit allen gegen eine Stimme; Bezirksleitung Groß-Thüringen mit allen Stimmen bei einer Enthaltung; Erweiterte Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland einstimmig; Parteiarbeiterversammlung Groß-Hamburg (800 Teilnehmer) gegen 19 Stimmen; Delegiertenkonferenz der

Unterbezirke Gera und Greiz 43 gegen eine Stimme, bei einer Enthaltung; Delegiertenkonferenz der Unterbezirke Erfurt, Nordhausen und Sondershausen bei 58 Anwesenden einstimmig. Selbst die Groß-Leipziger Parteiorganisation, in der bisher der Einfluß der Weber-Gruppe bedeutend war, hat sich auf einem politischen Informationsabend mit großer Mehrheit für den Ausschluß ausgesprochen. Noch unter dem Einfluß der Opposition befinden sich die Berliner Stadtbezirke Wedding und Neukölln. Auf der Delegiertenkonferenz Neukölln standen 58 Delegierte zum ZK und 82 zur Opposition.

In zäher und unermüdlicher Arbeit wird es der Partei gelingen, auch die wenigen Arbeiter, die sich mit diesen Parteiverrätern solidarisieren, von ihnen loszulösen und für die Linie der Komintern zu gewinnen.

W. LADA:
IM KAMPF UM DIE EINHEIT DER WELT-
GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

(„Trade Union Unity“, „Glos Pracy“)

Vor uns liegt die letzte Nummer der englischen Zeitschrift „Trade Union Unity“ und der polnischen „Glos Pracy“. Beide Organe verfolgen dasselbe Ziel, jede trägt jedoch ihren nationalen Stempel.

In der englischen Zeitschrift schaut die Diplomatie der „Spitzen“ aus allen Ecken und Enden heraus. Der Aufsatz von Hicks und Purcell über das anglo-russische Komitee schweigt sich darüber aus, welche Aufgaben diesem Komitee aus dem Bergarbeiterstreik erwachsen. Und doch wissen die „linken“ Führer ganz genau, daß die sowjetrussischen Gewerkschaften diese Frage als die wichtigste aller Fragen betrachten, die gegenwärtig vor der Arbeiterklasse beider Länder und der ganzen Welt stehen. Das Schweigen, dessen sich Hicks und Purcell befleißigen, ist ein Abgleiten, dem Verrat ähnlich, dessen sich Thomas, Pugh und Bromley schuldig gemacht haben. Wer den Lesern versichert, daß die sowjetrussischen Gewerkschaften nur auf Grund ihrer ungenauen Informationen den Abbruch des Generalstreiks falsch beurteilen, deckt den Verrat des Generalrats.

Nicht ganz auf der Höhe seiner Würde als „linker“ Führer ist auch Cook, der die Meinung ausspricht, daß es bei der Ablehnung der sowjetrussischen Unterstützungsgelder durch den Generalrat sich um „Beleidigung“ der russischen Arbeiter und um „persönliche Streitigkeiten“ gehandelt habe. In Wirklichkeit handelte es sich aber darum — ein „linker“ Führer sollte sich darüber endlich klar sein —, daß der Generalrat mit der englischen Bourgeoisie gegen die internationale Bewegung gleichen Schritt gehalten hat.

Interessant und lehrreich ist der Aufsatz von Hutchinson über internationale Einheit und internationalen Kapitalismus. Der Verfasser bemerkt ganz richtig, daß auf dem Gebiete der Einheit der Welt-Gewerkschaftsbewegung noch wenig Fortschritte zu verzeichnen sind.

Dieser Stellungnahme stellt Hutchinson die Politik des internationalen Kapitals entgegen. Er erinnert daran, daß im Jahre 1924 zwei internationale Trusts mit einem Kapital von 2 Millionen zur Investierung in der deutschen Industrie entstanden sind, daß von Dezember 1925 bis April 1926 weitere vier ähnliche amerikanische Gesellschaften mit einem Kapital von 50 Millionen gegründet wurden, und daß an diesen Gesellschaften sowohl das amerikanische als auch das europäische Kapital beteiligt ist.

Von Interesse sind auch weitere Mitteilungen Hutchinsons über den internationalen Zusammenschluß des Kapitals. Die am 5. Mai 1926 eingetragene Gesellschaft „The British & German Trust Limited“ — Kapital 1 Million — zählt unter ihren Leitern und Aktionären Lord Ashfield, Direktor zahlreicher Kohlengruben, Industrie- und Bankunternehmen, ferner Sir Douglas Hogg, einen der angesehensten Vertreter kapitalistischer „Gerechtigkeit“, sowie zahlreiche andere „hochgestellte“ Persönlichkeiten der industriellen und politischen Welt Englands.

Durch eine solche Vereinigung von Funktionen wird die internationale Verfügung über die Geschicke der englischen und deutschen Proletarier, d. h. letzten Endes das, was von der bürgerlichen Moral als „Gerechtigkeit“ bezeichnet wird, gesichert. In der Tat. Englische Kapitalisten, die sowohl an englischen als auch an deutschen Kohlengruben interessiert sind, sorgen in Deutschland dafür, daß die Deutschen durch Verkauf ihrer Kohlen zu billigen Preisen ihren englischen Brüdern keine „unlautere Konkurrenz“ machen; daher erheben sie von der deutschen Kohle einen Extraprofit, schrauben ihren Preis auch für den deutschen Konsumenten künstlich in die Höhe. In England aber tragen sie Sorge dafür, daß die englische Kohle nicht zu teuer zu stehen kommt, und beschneiden die „übermäßig hohen“ Löhne der englischen Bergarbeiter bis zum Niveau der Hungerlöhne der deutschen Kumpels. Nicht wahr, die Kapitalisten sind ausgezeichnete Internationalisten? Jedenfalls viel bessere als die Amsterdamer.

Zum Schluß einige Worte über das polnische Wochenblatt, das für die Gewerkschafts-

einheit kämpft, „Glos Pracy“, Nummer 26/27, vom 15. und 22. August. Im Unterschied von der englischen und deutschen Zeitschrift trägt es einen rein nationalen Charakter. Nur ein Artikel in Nummer 26, sowie zwei Aufsätze und eine Notiz in Nummer 27 beschäftigen sich mit Fragen des internationalen Kampfes und der internationalen Einheit. Der „nationale“ Charakter der Zeitschrift tritt auch in einzelnen konkreten Details der Zeitschrift deutlich zutage. Vor allem fällt uns an beiden Nummern die für Polen — vor Pilsudskis und unter Pilsudskis Herrschaft — so charakteristische Aufschrift: „Zweite, nach der Konfiskation erschienene Auflage“, in die Augen. Weiter sehen wir auf derselben ersten Seite die wohlbekannte Formel der ehemaligen kk. (kaiserlich-königlich) österreichischen Regierung — Gerichtsbeschluß über Konfiskation der vorigen Nummer. Endlich grüßt uns auch die Losung „Heraus mit den politischen Gefangenen!“ Und auf der vierten Seite bringt die Zeitung Mitteilungen über die unmenschlichen Folterungen, die die politischen Gefangenen der Pilsudski-Gefängnisse ausstehen haben. Das Bild erreicht den Gipfel der Vollkommenheit, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die „sozialistischen“ Gewerkschaftsspitzen, voran Psulowski, in trauter Gemeinschaft mit der PPS, die treuesten Stützen dieses Regimes der „moralischen Revolution“ sind.

So sieht der „Vorposten der kapitalistischen Zivilisation“ an den Grenzen der bolschewistischen „Barbarei“ aus! Unter solchen Verhältnissen müssen unsere polnischen Genossen kämpfen, um die Arbeitermassen von dem korrumpierenden Einfluß der verräterischen „Führer“ zu befreien und sie zur Einheitsfront des Klassenkampfes gegen das Weltkapital zusammenzuschließen.

D. K. :

„KOMUNISTICKA REVUE“*

Wenn die Kommunistische Internationale durch die Herausgabe ihrer Literatur in den vier wichtigsten Sprachen an die breiteren Schichten des Parteiaktiven der größten Sektionen herantreten kann, sie auf diese Weise in der politischen Orientierung unterstützt und zu ihrer theoretischen Entwicklung beiträgt, so entfällt auf eine der größten Sektionen der Kommunistischen Internationale, die KPTsch, in Folge der Sprachschwierigkeit davon fast nichts. In Folge dieses Umstandes erhält die in tschechischer Sprache herausgegebene Zeitschrift der KPTsch, die „Komunisticka Revue“, eine besondere Bedeutung.

Die „Komunisticka Revue“ besteht schon drei Jahre, nachdem sie aus der Verschmelzung von drei Zeitschriften der KPTsch: „Kommunismus“, „Proletkult“ und „Agitator“ hervorgegangen war. Die Vereinigung dieser drei Zeitschriften hatte das Resultat, daß sie die Konzentrierung der wenigen theoretischen Kräfte der Partei zustande brachte und dadurch die Kontrolle resp. die Führung seitens des ZK erleichterte.

Wer nimmt an der Arbeit der Zeitschrift teil? Die Durchsicht der letzten Nummern gibt Antwort darauf, daß es meistens aus der marxistischen Vereinigung — später leninistischen Vereinigung — hervorgegangene junge Genossen aus Prag sind. Die leitenden Genossen der Partei nehmen an der Redaktion der Zeitschrift scheinbar nur einen kleinen Anteil. Der Mangel an geschulten theoretischen Kräften in der KPTsch müßte die Frage ihrer möglichst zweckmäßigen Ausnützung stellen. Dies scheint aber nicht erreicht zu sein. Dafür spricht der ungenügende Zusammenhang des Inhaltes der Zeitschrift mit den aktuellen Aufgaben der Partei und den aktuellen Fragen, die die Kampfslage des Proletariats charakterisieren. Leitartikel, die die Linie der Partei in den wichtigsten Fragen der laufenden Zeit charakterisieren würden, fehlen bis auf einige unsichere Versuche. Dagegen werden oft Fragen behandelt, die bei dem Mangel der Kräfte und der Knappheit des Raumes nur in dritter Reihe in das Journal gehören. So z. B. sind mehrere Artikel über die Klassendifferenzierung in Böhmen vor dem Hussitenkriege erschienen, dagegen bleiben die Fragen der heutigen Kampfsituation, z. B. die Rolle des

* Theoretisches Organ der KP der Tschechoslowakei erscheint monatlich zweimal. 3. Jahrgang, 1926. N. N. 12—16.

ausländischen Kapitals im Wirtschaftsleben der Republik, die Krise in der Tschechisch-sozialistischen Partei usw. unbeleuchtet.

Die Tatsache, daß die Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ nicht in tschechischer Sprache erscheint, macht die Wiedergabe der wichtigeren Artikel derselben, wenigstens im Auszuge, in der „Revue“ zur Notwendigkeit. Ueberhaupt glauben wir, müßte das theoretische Organ der KP Tsch sich mit den Fragen und Problemen der Kommunistischen Internationale und der einzelnen, besonders der benachbarten Bruderparteien auch beschäftigen, anders wird dem Parteiaktiv die Möglichkeit genommen, sich in Fragen der Kommunistischen Internationale zu orientieren.

Bei Durchsicht der letzten Nummer ist zu konstatieren, daß z. B. Artikel, die sich auf die Sowjetunion beziehen, gänzlich fehlen. Wichtige Fragen, die infolge des Auftretens der neuen Opposition innerhalb der KP der SU für alle Sektionen der Kommunistischen Internationale von großer Bedeutung sind, bleiben in der „Revue“ unbeleuchtet.

Der Generalstreik in England und die Ereignisse in China usw. sind Fragen von größter Bedeutung für jeden Kommunisten. Das Fehlen entsprechenden Materials in der „Revue“, mit Ausnahme des Artikels des Genossen Grünwald über England macht es für die tschechischen Genossen, falls sie nicht deutsch verstehen, ganz unmöglich, sich über diese Fragen zu unterrichten.

In den einzelnen Nummern sind Artikel von Lenin enthalten. (Nr. 13, Nr. 15 usw.) Es wäre wünschenswert, wenn diese gute Uebersetzungsarbeit bald in Broschürenform der breiten Arbeiteröffentlichkeit der Tschechoslowakei zugänglich gemacht werden könnte.

In Nr. 12 ist der Versuch gemacht worden, die Bewegung in den einzelnen Gebieten (Karthorußland) zu charakterisieren. Leider blieb dieser Versuch der einzige. Es ist zu hoffen, daß diesem Uebelstande bald abgeholfen werden und die Redaktion solche Artikel in der Zukunft veröffentlichen und nötigenfalls mit ihrer Kritik versehen möge.

Insofern die Partei keine Zeitschrift für die Parteipraxis besitzt, (wie z. B. „Der Parteiarbeiter“ der KPD), müßten unserer Meinung nach auch die organisatorischen Fragen, wie es z. B. die „Cahiers du Bolchevisme“ machen, in der „Revue“ behandelt werden.

Am Schlusse jeder Nummer sind drei Rubriken zu finden, und zwar: „Literatur“, „Revue der Zeitschriften“ und „Bemerkungen und Polemiken“. Diese drei Rubriken könnten ruhig, wie es auch bei anderen Parteizeitschriften üblich ist, durch eine Rubrik „Kritik und Bibliographie“ ersetzt werden, unter gleichzeitiger Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf die wichtigsten, aktuellsten Fragen.

Schließlich soll noch der Wunsch geäußert werden, daß die „Revue“ in der Zukunft das Organ der Zentrale werden möge. Die „Revue“ muß eine marxistische und leninistische Waffe des politischen und theoretischen Kampfes gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, die Sozialdemokraten, sein.

S P. :

DR. MELCHIOR PALYI, ZUR FRAGE DER KAPITALWANDERUNGEN NACH DEM KRIEGE*

Die Frage der Kapitalausfuhr ist zur brennendsten Frage des modernen Wirtschaftslebens geworden. Die Rolle, die das amerikanische Kapital in Europa spielt, ist über jeden Zweifel erhaben, und in der Weltliteratur wird lebhaft darüber diskutiert, wieweit auch in Zukunft ein solcher Kapitalzustrom nach Europa zu erwarten ist und in welchem Umfang sich die amerikanischen Unternehmer die europäische Industrie unterwerfen werden. In der Regel aber tritt man an diese Frage ohne eine tieferschürfende Analyse der treibenden Ursachen der Kapitalausfuhr heran. Einer der kompetentesten Schriftsteller über diese Frage, Palyi, hat in dem Serienheft des „Vereins für Sozialpolitik“ eine kleinere Arbeit von 100 Seiten veröffentlicht, die dem Problem der Kapitalausfuhr nach dem Kriege gewidmet ist. Man kann nicht behaupten, daß der Verfasser einen klaren Begriff von diesen

* München und Leipzig 1926, 100 Seiten.

Dingen hat, wenigstens mangelt es seinen Darlegungen an theoretischer Klarheit. Weit interessanter ist die Analyse der Angaben über die Kapitalausfuhr. Der Verfasser, der die Mangelhaftigkeit der in letzter Zeit veröffentlichten offiziellen oder privaten statistischen Angaben hervorhebt, zeigt bei dieser Gelegenheit die Ursachen der bei der Aufstellung dieser Angaben begangenen Fehler auf. So z. B. nimmt man gewöhnlich an, daß Amerika 1924 etwas weniger als eine Milliarde Dollar ausgeführt habe, während auf Grund von privaten Angaben (Moody), die auch die kurzfristigen Kredite erfassen, herauskommt, daß die Kapitalausfuhr aus Amerika im Jahre 1924 1627 Millionen betrug und im Jahre 1925 sogar über 2000 Millionen. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die Angaben von Moody, wie bereits betont, sich auch auf die kurzfristigen Kredite erstrecken; da aber letztere häufig zurückgezahlt werden, und da sich die Rückzahlung dieser Kredite noch schwerer feststellen läßt als die Gewährung von Krediten, so läßt sich nicht sagen, daß auch diese letzteren Angaben mehr oder weniger Anspruch auf Genauigkeit besitzen.

Gleichzeitig schildert Palyi verschiedene andere Berechnungsmethoden der Kapitaleinfuhr nach anderen Ländern, u. a. bringt er eine überaus interessante Zusammenstellung über Jugoslawien, auf Grund deren dieses Land bis zu Beginn 1926 über eine Milliarde Goldmark ausländischer Kredite erhalten hat. Sämtliche Zuckerfabriken, sowie die meisten Mühlenbetriebe, der Kohlenbergbau und die Holzbearbeitungsindustrie befinden sich in der Hand ausländischer Kapitalisten. Das ist — ein schlagendes Beispiel dafür, wie sehr sich das internationale Kapital in der Wirtschaft der neugebildeten europäischen Staaten eingenistet hat.

Die kritischen Bemerkungen über die Berechnung der Kapitalausfuhr sind die positive Seite dieser Schrift. Zweifellos sind auch noch einige andere seiner allgemeinen, in dieser Beziehung vorgebrachten Bemerkungen von Interesse. Hierher gehört u. a. sein Hinweis darauf, daß in der letzten Zeit vor dem Weltkrieg die Kapitalausfuhr nach dem Auslande nicht mehr mit dem „Element des Risikos“ rechnete, da das Risiko hinsichtlich der Investitionen im Auslande kein größeres war als hinsichtlich der Kapitalanlage im eigenen Lande; nichtsdestoweniger waren bekanntlich die Einkünfte aus den Investitionen im Auslande weit größer als die Einkünfte aus den Anlagen im Innern. Offensichtlich geht es hierbei nicht um das Risiko, wie die bürgerlichen Apologeten des Kapitalismus nachzuweisen suchen, sondern um etwas ganz anderes. Wie der Verfasser an anderer Stelle auseinandersetzt, wurde z. B. für den Kapitalexport speziell aus Amerika eine ganze Reihe von Zwischeninstanzen errichtet, die natürlich alle dabei profitieren wollen. In den Vereinigten Staaten ist sogar eine besondere Art von Banken entstanden, die bald der einen Art von Investitionen bald der anderen dienen und infolgedessen einen bedeutenden Zinsgewinn bzw. bedeutende Emissionsgewinne erhalten müssen, um auf ihre Rechnung zu kommen. Gleichzeitig verweist Palyi auf die Ursachen der Kapitalausfuhr aus Amerika: „Die Emissionszinsen in Amerika selbst — führt er aus — sind in letzter Zeit „minimale“ geworden; soweit es sich um sichere Wertpapiere handelt“, ist der Zinsfuß der Banken bis auf $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ Prozent zurückgegangen, und es ist selbstverständlich, daß die Banken sich damit nicht abfinden können und Jagd machen auf äußere Märkte, auf denen der Emissionssatz 4 bis 6 Prozent und zuweilen sogar 10 Prozent beträgt. Natürlich ist das alles nicht ausschlaggebend, und der Verfasser verweist unter den anderen Gründen der Kapitalausfuhr auf die Rolle der Monopolbetriebe und deren Bestreben, die ausschlaggebenden Rohstoffe an sich zu reißen, ihre Filialgeschäfte in den einzelnen Ländern zu errichten oder sich die Kolonien politisch und wirtschaftlich zu unterwerfen.

Auf letztere Umstände wurde seinerzeit bereits in der bekannten Arbeit von Sartorius von Waltershausen hingewiesen, der überhaupt diese Probleme viel tieferschürfender behandelt als Palyi. Am charakteristischsten bei Palyi ist die Bemerkung, daß die hohe Rente der Wertpapiere in den Kolonialländern immer mehr zurückzugehen beginnt. Bereits vor dem Kriege sank der Ertrag der Kolonialpapiere in London zeitweilig unter den Ertrag der Aktien im Lande, nunmehr aber ist, wie er bemerkt, die Zeit der Kolonialerträge im Verblissen begriffen. Afrika ist als einziges Festland verblieben, in dem der Widerstand gegen die Kolonialgewinne noch nicht hervortritt, im allgemeinen aber „geht das Jahrhundert der fast hemmungslosen Unterwerfung der Kolonien seinem Ende entgegen“. Hieraus geht hervor, daß der Verfasser aus dem Kampf der Kolonien gegen die Ausländer einen Kampf gegen jene Ueberprofite macht, die das ausländische Kapital aus den Kolonien herausholt.

Durchaus nicht übel schildert er des weiteren, wie die ausländische Industrie und der Handel finanziert werden, um dann sehr ausführlich auf das Problem des freien oder

geregelten staatlichen Kapalexportes einzugehen und verschiedentlich zu betonen, daß die staatliche Regierung außerstande ist, die Kapitalwanderung aufzuhalten, daß sich das Kapital die Möglichkeit zur Wanderung aus einem Lande in das andere auch ohne die staatliche Erlaubnis verschafft. Das trat schlagend in Erscheinung während des Verbots der Emissionen in London oder während der Regulierung der Valuta in Deutschland und Frankreich. Der Verfasser neigt überhaupt in ziemlich erheblichem Grade zu dem Grundsatz der Nichteinmischung des Staates, dennoch muß er feststellen, daß die Rolle der Staatsgewalt in dieser Beziehung in letzter Zeit erheblich zugenommen hat. In bezug auf Amerika führt er aus, daß sich die Staatsgewalt im großen und ganzen nicht in das Vorgehen der Banken einmischt. Dabei aber ist bekannt, daß die Staatsgewalt in letzter Zeit nicht selten mit kategorischen Verboten aufgetreten ist und dann wieder die Kapitalausfuhr nach diesen oder jenen Ländern begünstigte. So z. B. tritt die amerikanische Regierung bis heute gegen die Kapitalausfuhr aus Amerika nach der Sowjetunion auf. Ueberhaupt wurde die Kapitalausfuhr nach dem Kriege in noch weit höherem Grade zu einem Werkzeug der imperialistischen Politik als vor dem Kriege. Die Bedeutung der Kapitalausfuhr für exportierende und importierende Länder wird von Palyi nicht untersucht. Andererseits versucht er die Frage zu beantworten, in welchem Umfang in Zukunft eine Kapitalausfuhr aus Amerika zu erwarten ist, und gibt im allgemeinen die gleiche Antwort, die seinerzeit der Reichsbankpräsident Schacht gegeben hat und die unlängst in der Julinummer 1926 der amerikanischen Zeitschrift „Annals“ erschienen ist. Seiner Meinung nach gibt Amerika anderen Ländern Europa gegenüber den Vorzug — namentlich Kolonialländern und sogar kapitalistisch unentwickelten Ländern, die für die Warenausfuhr aus den Vereinigten Staaten sowie für deren imperialistische Politik ein weit größeres Aktionsfeld darstellen als Europa. Die Versuche des Verfassers, festzustellen, in welchem Umfange die Vereinigten Staaten Kapital akkumulieren und wie sich der Bedarf Europas an ausländischem Kapital gestalten wird, erachten wir für nicht ganz auf der Höhe befindlich.

Zum Schluß bringen wir die Zusammenstellung der Kapitalausfuhr aus den Vereinigten Staaten auf Grund der neuesten Angaben, die unserem Verfasser noch nicht zur Verfügung gestanden haben. Wir haben die Arbeit „Ueber die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten 1925“ im Auge, die Ryan mit einem Vorwort von Hoover veröffentlichte. In dieser Arbeit finden wir einen Versuch zur Feststellung, nicht des nominellen Umfangs der Kapitalausfuhr (d. h. nicht der nominellen Beträge der auf dem amerikanischen Markt herausgegebenen ausländischen Verbindlichkeiten), sondern der Summe der auf Grund des Kurswertes dieser Obligationen, unter Abzug ihres Ertrags für Amerika, wirklich ausgeführten Kapitals. Außerdem wird zu diesen Summen die Kapitalausfuhr an kurzfristigen Krediten hinzugerechnet. Auf diese Weise ergeben sich eine Reihe weit geringerer Summen als jene, die in der bezeichneten Schrift von Palyi angegeben werden. Wir finden dabei folgende Zahlen:

In Millionen Dollar:						
1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
970	1445	1092	963	417	909	1010

Insgesamt hat Amerika in dieser Zeit 6806 Millionen Dollar ausgeführt. Welcher Anteil entfällt hiervon auf Europa? Die unsererseits bereits zitierte Zeitschrift „Annals“ gibt in ihrer Julinummer 1926 die Summe der Investitionen Amerikas in Europa mit 2 Milliarden Dollar an.

Die Hefte 1 und 2

der jetzt als Wochenschrift erscheinenden

Kommunistischen Internationale

haben folgenden Inhalt :

HEFT 1

Unter dem Banner des Leninismus / Murphy: Die Krisis in England / Bucharin: Das neue Programm der österreichischen Sozialdemokratie / Spectator: „Rationalisierung“ und Kartellierung / Katayama: Die Lage in China / Boschkowitsch: Der dritte Parteitag der KP Jugoslawiens / H. G.: Die Tagung der II. Internationale / Krawall: Vergesellschaftungsprozesse in der Wirtschaft der Sowjetunion / Bücher- und Zeitschriftenschau

HEFT 2

Vorbereitung der imperialistischen Attacke / R. Page Arnot — Murphy: Der englische Gewerkschaftskongreß in Bournemouth / Ercoli: Die Offensive des Kapitals und einige grundlegende Aufgaben der Gewerkschaften / Jan Sten: Leninismus oder Trotzkismus / Jablonski: Renegatendokumente — oder der Kleinbürger macht Geschichte / Mitzkewitsch-Kapsukas: Die Einkreisung der Sowjetunion und der litauisch-polnische Konflikt / Spectator: Der Burgfrieden von Dresden und die Völkerverbrüderung in Genf / Dimitrow: Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit in Bulgarien / A. Fjord: Tranmael entlarvt sich / Bücher- und Zeitschriftenschau
